

Rahmenwahlprogramm zur Kommunalwahl 2011 in Niedersachsen

**Entwurf der vom Landesvorstand berufenen Arbeitsgruppe
„Kommunalwahl 2011“**

**Giesela Brandes-Steggewentz
(v.i.S.d.P.) Hans-Henning Adler
Patrick Humke-Focks
Marianne König
Jörn Jan Leidecker
Jutta Meyer-Siebert
Jörg Venderbosch**

Inhaltsverzeichnis

Vorab	4
Demokratisierung der Kommune	5
Kommunale Bürgerhaushalte fördern	6
Vorbeugen ist besser als Aufspüren – gegen Korruption in Politik und Verwaltung.....	7
Das gläserne Rathaus/Kreishaus.....	7
Demokratische Kommunalverfassung.....	7
Allgemeiner Zugang zur Daseinsvorsorge.....	8
Hartz-IV abschaffen – Solidarität statt Spaltung.....	9
Politik für ältere Menschen	11
Kommunalpolitik für Menschen mit Behinderungen.....	12
Gesundheit – ein existenzielles Gut, keine Ware	14
Drogen.....	15
Bauplanung – bürgernah und bedarfsgerecht	16
Sozialplanung entwickeln.....	17
Grundstückspekulation bekämpfen.....	18
Lokale Agenda 21	19
Umweltschonendes Bauen und Sanieren	19
Aktive Wohnraumpolitik	20
Obdachlosigkeit	21
Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.....	22
Wirtschaftsförderung	22
Beschäftigungspolitik.....	23
Landwirtschaft – nur ökologisch und sozial zukunftsgerecht	24
Kommunal-, Finanz- und Haushaltspolitik	25
Frauenpolitik – Arbeit.....	27
Gleichstellung	28
Gewalt gegen Frauen	29
Öffentliche Sicherheit – Prävention.....	30
Verkehr heißt Grundrecht auf Mobilität.....	30
Alternative Energiepolitik	32
Ökologisch-soziale Entwicklungen in unseren Kommunen	34
Wasser, Abwasser, Abfall – vor Privatisierung schützen – rekommunalisieren.....	34

Naturschutz	35
Kommunale Kulturpolitik.....	35
Demokratische Kultur	36
Kommunale Bildungspolitik.....	37
Gewährung von Chancengleichheit	39
Kommunale Sportpolitik.....	40
Familien- und Jugendpolitik.....	41
Kinder haben Rechte.....	41
Jugendpolitik	41
Integrationspolitik und Städtepartnerschaften.....	42
Antirassismus/Flüchtlingspolitik.....	43
Den Neonazis entgegenzutreten.....	44

Rahmenwahlprogramm zur Kommunalwahl 2011 in Niedersachsen

Entwurf der vom Landesvorstand berufenen Arbeitsgruppe „Kommunalwahl 2011“

5

Vorab

10 Das Leben in den Kommunen verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm. Die Gesellschaft teilt sich in Millionäre und Milliardäre, einen schwächer werdenden Einkommensmittelstand und Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos sind. Dies führt für immer mehr Menschen zu Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung. Diese Entwicklung ist das Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaftskrise, die durch die gegenwärtige Finanz-

15 krise ausgelöst wurde und deren Folgen in den Kommunen immer spürbarer werden. Einbrüche bei den Gewerbesteuerereinnahmen, Steuermindereinnahmen infolge des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ und die Spätfolgen der noch von SPD und Grünen angerichteten Unternehmenssteuerreform führen zu einer Krise der Kommunalfinanzen, die das Selbstverwaltungsrecht und damit die kommunale Demokratie zunehmend untergräbt. Der Deutsche Städtetag spricht nicht ohne Grund von der größten Finanzkrise der Kommunen seit Kriegsende.

20

Vorhersehbar sind deshalb harte Kämpfe um Kürzungen in den Haushalten der Städte, Gemeinden und Landkreise. Es ist zu befürchten, dass Kommunen ihren Anteil zum Ausbau der Kinderkrippen nicht aufbringen oder bei sog. freiwilligen Leistungen kürzen, also bei sozialen Initiativen, in der Bildung, bei kulturellen Aktivitäten, bei der Förderung des Breitensports oder im Umweltbereich. Wir rechnen damit, dass nach neoliberaler Rezeptur den Kommunen Privatisierungen aufgezwungen werden sollen und damit die Grundlage kommunaler Daseinsvorsorge in Frage gestellt wird. Die Finanzkrise wird den jetzt schon vorhandenen Investitionsstau verschärfen, was zusätzlich Arbeitsplätze kosten wird, wenn in den Kommunen keine Aufträge mehr vergeben werden.

25

30 Gegen diese Entwicklungen wird es Proteste geben. Die politischen und ideologischen Vorgaben der von CDU/CSU und FDP gebildeten Bundes- und Landesregierung werden immer weniger akzeptiert. Menschen beginnen, sich zu wehren. DIE LINKE wird an ihrer Seite sein. Sie wird sich als Kraft erweisen, die die Ursachen der Krise benennt, die schon jetzt vorhandenen Alternativen aufzeigt und die sozial Benachteiligten solidarisch unterstützt.

35

Wir wollen die Kommunen wieder neu erfinden. Sie gehören zu einer Gesellschaft, in der alle Zeit (und Muße) haben, in allen Bereichen des Lebens, die das Menschsein ausmachen, tätig zu sein: bei radikal verkürzter Erwerbsarbeit in der Sorgearbeit für Mensch und Natur, in der Arbeit an der eigenen (kulturellen) Entwicklung und im politischen Engagement. Unsere Vision ist die solidarische Bürgerkommune, wo Bürgerinnen und Bürger die Freiheit gewinnen, ihr eigenes Leben zu bestimmen. Dies beginnt im Alltag mit den tagtäglichen Problemen vor Ort. Vorrangig stellt sich hier die soziale Frage und dafür ist DIE LINKE kompetent.

40

45 DIE LINKE formuliert die Alternativen für eine soziale, ökologische, feministische und solidarische Politik. Sie tritt dafür ein, dass in unseren Städten und Gemeinden niemand in die soziale Isolation

gedrängt wird. Für alle muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden. Jeder Mensch braucht Zeit für sich.

50 DIE LINKE schafft Öffentlichkeit, wenn andere hinter den Kulissen ihre Fäden ziehen.

DIE LINKE fordert die weitgehende Demokratisierung der kommunalen Instanzen. Sie tritt dafür ein, so viele Menschen wie möglich in die kommunalen Entscheidungsprozesse einzubeziehen und mit eigenen Rechten auszustatten.

55 DIE LINKE ist der Stachel im Fleisch der herkömmlichen Kommunalpolitik, der die Sprechblasen der andern Parteien zum Platzen bringt.

60 **Demokratisierung der Kommune**

Direkte Demokratie, Partizipation und Transparenz durch die Öffnung von politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen, frühzeitige Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner durch Bürgerhaushalte ermöglichen

65 In der Kommune erleben die Menschen alle Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung unmittelbar und lernen, wie Politik funktioniert.

70 Kommunalpolitik schafft Möglichkeiten, auf die eigenen Lebensbedingungen Einfluss zu nehmen und sich dabei mit den Interessen der verschiedenen sozialen und politischen Gruppen auseinanderzusetzen. Eine stärkere Stellung der Kommunen im föderalen System ermöglicht den Einwohnerinnen und Einwohnern neue Wege der Einflussnahme auf die Lösung lokaler, regionaler und globaler Probleme. In den Kommunen ist die Chance am größten, neue Lebensformen zu erproben. Es müssen wieder Räume zur politischen, sozialen und kulturellen Selbstorganisation geschaffen werden. Die Kommunen können die Teile eines kleinräumigen, regional weitgehend geschlossenen, dabei vernetzungs- und kooperationsfähigen Ganzen (Reproduktion) bilden. Solche sozialen, kulturellen und politischen Handlungsräume sind die notwendigen Gegengewichte zu den derzeit dominierenden Machtstrukturen in Wirtschaft und Politik.

75
80 Unsere Vision der Kommune lässt sich mit Zielen wie Solidarkommune, Demokratisierung von Haushaltspolitik, kommunale Demokratieprojekte, Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen, Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, selbstverwaltete Schule, alternative Wohn- und Kulturprojekte beschreiben.

85 Mittel- und langfristige Planungen sollen im Vorfeld mit der Öffentlichkeit entwickelt, beraten und entschieden werden. Für den kommunalen Haushalt bedeutet dies, die Einwohnerinnen und Einwohner der Kommune frühzeitig in den Entscheidungsprozess darüber einzubinden, wofür in der Kommune Geld ausgegeben werden soll und welche Projekte nachrangig oder überflüssig sind. Dieses Verfahren ist der Bürgerhaushalt.

90 Bei allen Beteiligungsprozessen ist darauf zu achten, dass Teile der Bevölkerung wie beispielsweise Migrantinnen und Migranten oder Jugendliche durch die Form des Verfahrens nicht ausgeschlossen werden. Das Verfahren muss so gestaltet werden, dass es für alle transparent und sprachlich ansprechend ist. DIE LINKE fordert ein verbindliches Anhörungs- und Mitwirkungsrecht der Kommunen bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen und Verordnungen, die kommunal relevant sind.

95

100 Mit den neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten stehen weitreichende neue technische Grundlagen und Voraussetzungen für die bürgernahe Mitberatung und Mitentscheidung öffentlicher Angelegenheiten zur Verfügung. Informationen über die eigenen Rechte sowie über die Möglichkeiten ihrer Realisierung müssen allgemein zugänglich werden. Vor allem aber bedarf es eines entsprechenden politischen Willens, die neuen Informationsmöglichkeiten auch breit und ungehindert zugänglich zu machen.

105 **Kommunale Bürgerhaushalte fördern**

110 Bürgerhaushalte sollen in den Kommunen sorgsam vorbereitet und eingeführt werden. Unter zur Verfügungsstellung aller notwendigen Informationen muss die aktive Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen zur Haushaltsaufstellung und -kontrolle gesichert sein, wobei die Voraussetzungen für eine breite Teilnahme der Einwohnerinnen und Einwohner geschaffen werden müssen.

115 Seit vielen Jahren wird in Porto Alegre das Verfahren des partizipativen Haushalts angewandt: Bevor das Stadtparlament den Haushalt beschließt, können die Bürgerinnen und Bürger in Stadtteilversammlungen festlegen, was sie für besonders wichtig halten. Die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger darüber, welche Investitionen getätigt werden, hat sich nicht nur als demokratisch, sondern auch als sehr effektiv erwiesen. Die Idee des partizipativen Haushalts findet inzwischen weltweit immer mehr Zuspruch.

120 ■ Diese Form der Konsolidierung unter Einbeziehung des Sachverstandes der Bürgerinnen und Bürger der jeweiligen Kommune sollte als Chance zur Einbeziehung neuer Ideen und Konzepte verstanden werden.

■ Die Bürgerinnen und Bürger sind in die Haushaltspolitik der Kommunen einzubeziehen. Dazu müssen Gremien zur Sicherstellung einer breiten Teilnahme und Mitbestimmung der Bevölkerung auch auf Stadtteil- und Stadtbezirksebene geschaffen werden.

125 ■ In diesen Gremien, unter der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, ist der Haushalt der jeweiligen Kommune allgemein verständlich darzustellen, die Problemlagen sind zu ermitteln und aufzudecken, in diesen Bürgerversammlungen werden Alternativen diskutiert und Lösungen gemeinsam entwickelt.

130 ■ Die dauerhafte Wirksamkeit geplanter Investitionen einschließlich ihrer Folgekosten ist zu hinterfragen. Großprojekte privater Investoren, die mit kommunalen Beteiligungen oder anderen kommunalen Vorleistungen verbunden sind, bedürfen besonderer kritischer Prüfung.

■ Im Anschluss an die Haushaltsverabschiedung sind die Bürgerinnen und Bürger umfassend darüber zu informieren welche ihrer Anregungen in den Haushalt eingeflossen sind und welche (und warum) nicht.

135 Wir warnen aber auch vor möglichen Fehlentwicklungen: Der Grundgedanke des Bürgerhaushalts würde pervertiert, wenn nur noch darüber abgestimmt wird, welche Variante einer von oben verordneten Sparpolitik umgesetzt werden soll. Im Rahmen des Bürgerhaushalts muss über alle Einnahmen- und Ausgabenpositionen eines Haushalts diskutiert werden können.

140

Vorbeugen ist besser als Aufspüren – gegen Korruption in Politik und Verwaltung

- 145 Korruption ist im Zusammengang mit öffentlichen Vergabeverfahren alltäglich geworden und noch immer wird viel zu wenig unternommen, um dieser Seuche Herr zu werden. Dabei ist völlig klar, welche eminenten Schäden eine Volkswirtschaft willentlich in Kauf nimmt, indem sie nur halbherzig gegen Korruptions-Praktiken vorgeht. Transparency International fordert zudem seit Jahren die Einrichtung eines zentralen bundesdeutschen Korruptionsregisters, mit dessen Hilfe Unternehmen, die Bestechungsversuche unternommen haben, von künftigen Aufträgen ausgeschlossen werden können.
- 150

In den Räten und Kreistagen sind Kriterien zu erarbeiten, an die sich sowohl Verwaltung als auch Politik strengstens zu halten haben. Jeder Verstoß dagegen muss sofort veröffentlicht werden. Alle bekannt werdenden Verstöße sind in ein Korruptionsregister einzutragen.

155

„Das gläserne Rathaus/Kreishaus“

- 160 Das Handwerkszeug zur Demokratisierung der Verwaltung und der Ratsarbeit besteht darin, Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Rates so zu ändern, dass optimale Bedingungen für die Mitwirkung der Einwohnerinnen und Einwohner und die Stärkung der durch demokratische Wahlen gebildeten Organe gegenüber der Verwaltung geschaffen werden. Die folgenden Forderungen sind im Rahmen der niedersächsischen Gemeindeordnung umsetzbar:

- 165
- Fragestunde für die Einwohnerinnen und Einwohner zu Beginn jeder Ratssitzung,
 - Rederecht von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen in den Ausschüssen,
 - Zuwahl von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner (keine Parteienvertreter) in die Fachausschüsse,
- 170
- Bildung von Stadtteilbezirksräten in den Großstädten des Landes, soweit noch nicht vorhanden, Verteidigung vorhandener und der Stärkung ihrer Rechte,
 - Einführung des Rechts auf Bildung von Untersuchungsausschüssen auf Antrag einer Fraktion,
 - Erleichterung des vorbereitenden Verfahrens bei Bürgeranträgen und Einwohnerbegehren – Begrenzung des Ausschlusses der Öffentlichkeit bei allen Sitzungen auf zwingend vorgeschriebene Ausnahmefälle (Personalangelegenheiten, schutzwürdige wirtschaftliche Interessen),
- 175
- einwohnerfreundliche Umstrukturierung der Verwaltung, sodass überflüssige Behördengänge für die Einwohnerinnen und Einwohner vermieden werden (Einwohnerämter).

180 Demokratische Kommunalverfassung - Keine technokratischen Gebietsreformen von Oben

- 185 Vom Gesetzgeber auf Landesebene fordern wir eine Reform der Kommunalverfassung, die die Elemente der direkten Demokratie stärkt. Die Verfahren sind von bürokratischen Hemmnissen und einschränkenden Ausnahmestimmungen zu befreien. Die Zugangshürden sind abzusenken.

Die kommunalen Räte sind gegenüber der Verwaltung in ihren Rechten zu stärken. Die Amtszeit des Hauptverwaltungsbeamten (Bürgermeister bzw. Landrat) ist auf fünf Jahre zu begrenzen. Das Abwahlverfahren soll schon mit einer 2/3-Mehrheit im Rat eingeleitet werden können. Das Sonderstimm-

190 recht des Hauptverwaltungsbeamten im Rat ist systemwidrig und gehört abgeschafft, weil es das Ergebnis der Wahlen für die Räte undemokratisch verzerrt.

Der Verwaltungsausschuss/Kreisausschuss kann abgeschafft werden, weil er immer nicht öffentlich tagt und die Ratssitzungen ausreichend durch die Fachausschüsse vorbereitet werden.

195 Gesetzliche Fesseln in der Kommunalverfassung für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen sind zu beseitigen.

200 Gegenwärtig kommt mit dem vom Innenminister Schönemann in Auftrag gegebenen „Hesse-Gutachten“ eine Diskussion auf, von Oben allein aus Kostengründen größere kommunale Verwaltungseinheiten zu bilden, das heißt Gemeinden zwangsweise zusammenzuschließen und ganze Landkreise durch „Einkreisung“ bestehender neu zu bilden.

205 DIE LINKE sieht bei der Bildung größerer Verwaltungseinheiten zunächst die Bürgerinnen und Bürger als Verlierer, weil weitere Wege zu Verwaltungsstellen gegangen werden müssen. Historisch gewachsene Strukturen dürfen nicht ohne Not zerschlagen werden, weil die vertrauten Gemeinden oder Kreise auch ein Stück regional erlebter Identifikation mit der Kommune sind. Auch die Zahl der gewählten Räte und der gewählten Ratsmitglieder würde reduziert. Die ist ein Verlust an Demokratie.

210 Wenn im Einzelfall der Zusammenschluss von Kreisen, Samtgemeinden oder Gemeinden sinnvoll erscheint und die Beteiligten Räte dies befürworten, sollte die Bevölkerung dazu mindestens konsultativ befragt werden, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird.

215 **Allgemeiner Zugang zur Daseinsvorsorge – gegen Privatisierung öffentlicher Einrichtungen**

220 Privatisierung öffentlichen Eigentums bedeutet die Kapitulation der öffentlichen Hand vor den Interessen der Privatwirtschaft und ihrer Zielsetzung, der Profitmaximierung. Sie wird von denjenigen politischen Kräften vorangebracht, die neue Anlagemöglichkeiten für Rendite suchendes Kapital erschließen wollen.

225 Die Menschen in Niedersachsen spüren die Auswirkungen des zunehmenden Privatisierungskurses. Sie spüren es, wenn Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs eingeschränkt werden und sie dadurch entweder gar nicht oder nur unter sehr erschwerten Bedingungen mobil sein können, wenn Badeanstalten geschlossen und an private Investoren verkauft werden oder Ermäßigungen gekürzt und damit Teile der Bevölkerung von der Teilhabe am öffentlichen kulturellen Leben ausgeschlossen werden.

230 Die Folge der Privatisierung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist zwangsläufig Einschränkung der Lebensqualität des Einzelnen.

235 Wenn durch den Verkauf von öffentlich genutzten Gebäuden und Flächen Gruppen, Vereine und damit viele Einzelpersonen soziale Rückzugsräume verlieren, die dem sozialen Miteinander, dem sozialen Engagement und der Fortentwicklung des Individuums dienen, geht für viele Lebensqualität verloren. Öffentlicher Raum als Ort der Kommunikation für alle Menschen verschwindet so zusehends aus der öffentlichen Wahrnehmung. Beispiele sind geschlossene Jugendräume, Dorfgemeinschaftshäuser, Stadtteilzentren, Vereinstreffpunkten, Park- und Grünanlagen. Die Vernichtung von konsumzwang-

240 freien Bereichen grenzt alle aus, die mit wenig Geld auskommen müssen und sich keine Eintrittsgelder für teure „Events“ leisten können. Zugleich werden von den politisch Verantwortlichen alle öffentlichen Leistungen „auf den Prüfstand“ gestellt oder einer „Aufgabenkritik“ unterzogen. DIE LINKE nimmt diese Entwicklung nicht widerstandslos hin!

245 DIE LINKE sieht in der Wahrung und dem Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge die entscheidenden Voraussetzungen für soziale und gerechte Verteilungspolitik und zugleich die Basis für eine demokratisch kontrollierte Steuerungsmöglichkeit der Sozialpolitik in den Kommunen. Der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und die Sicherung von Teilhaberechten garantieren die Zukunft der Gesellschaft. Deshalb gilt: Sozial ist modern!

250 Die Qualität des Lebens in den Kommunen wird wesentlich durch das bestimmt, was als Grundversorgung den Einwohnern bereitgestellt wird.

255 Zur kommunalen Grundversorgung zählen wir: Wasser, Abfallbeseitigung, Energie, Wohnen und ÖPNV. Diese Bereiche müssen in kommunaler Hand bleiben. Eine Übertragung dieser Bereiche auf private Unternehmen wird von uns abgelehnt. Dies gilt auch für Betreibermodelle, wie dem Public Private Partnership (PPP). Eine Privatisierung dieser zum Leben notwendigen, elementaren Bereiche geht immer mit dem Verlust öffentlicher Mitsprachemöglichkeiten einher. Da in der Regel kommunale Gewinne privatisiert werden, findet zudem eine Verlagerung von Schulden auf zukünftige Generationen statt. Wir sehen die Kommunalwirtschaft die tragende Säule der kommunalen Daseinsvorsorge und wollen diese ausbauen. Dort wo Privatisierung in diesen Bereichen stattgefunden hat, werden wir nach Möglichkeiten suchen, diese rückgängig zu machen.

260 In verschiedenen Bereichen sind nicht nur die Kommunen selbst, sondern auch Wohlfahrtsverbände, Vereine und Institutionen Träger der kommunalen Daseinsvorsorge. Die Koordination und Vernetzung des Wirkens dieser Akteure im Interesse des Gemeinwohls und zur Sicherung der Daseinsvorsorge ist eine wichtige Aufgabe der Kommunen.

270 DIE LINKE in Niedersachsen wird alle Initiativen unterstützen und mit initiieren, die die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge verhindern und die öffentliche Daseinsvorsorge stattdessen ausbauen helfen. Dabei sucht sie die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, Verbänden, Vereinen, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, die vor Ort von den Auswirkungen der beschriebenen neoliberalen Politik betroffen oder bedroht sind.

275 **Hartz IV abschaffen – Solidarität statt Spaltung**

Die Schere der Einkommensverteilung ist weiter auseinandergegangen, das Armutsrisiko ist auch in Niedersachsen gestiegen. Mit der Einführung der Hartz IV-Gesetze wurde die Spaltung dieser Gesellschaft in Arm und Reich weiter forciert.

280 DIE LINKE sieht sich in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dieser Gesetzgebung leider bestätigt! Hartz IV hat sich in der Praxis als ein vollkommen ungeeignetes Mittel erwiesen, die Erwerbsfähigkeit von Menschen in der Breite zu erhöhen, Perspektiven auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt zu bieten und für mehr existenzsichernde Arbeit zu Sorgen fernab von prekärer Beschäftigung. Hartz IV demütigt Erwerbslose und grenzt sie aus.

285

290 Das Gegenteil ist der Fall: Die Erwerbslosigkeit hat sich auf einem sehr hohen Sockel manifestiert, prekäre Beschäftigung und Leiharbeit haben in aller Schärfe zugenommen, womit ein in unserer Geschichte vorher nicht da gewesenes Lohndumping auch auf noch bestehende Arbeitsverhältnisse auf den ersten Arbeitsmarkt einhergeht. Dabei wird mit den offiziellen Arbeitslosenzahlen die tatsächliche Erwerbslosigkeit nicht dargestellt. Die Zahlen der Unterbeschäftigung zeigen auf, dass diese ca. ein 1/3 mehr ausmachen.

295 Leistungsbezieherinnen und -bezieher des SGB II werden zunehmend unter den Vorwand „Fördern und Fordern“ Sanktionen ausgesetzt und dadurch gezwungen Fortbildungsmaßnahmen zu besuchen, die ihnen tatsächlich für das berufliche Fortkommen nicht helfen oder in schikanöse „Trainingsmaßnahmen“ gesteckt. Mit Sanktionen wird belegt, wer diese perspektivlosen Maßnahmen ablehnt, Arbeitsangebote ohne Sozialversicherungsschutz oder mit Niedriglöhnen nicht hinnehmen will, die den Betroffenen nicht einmal ein Erwerbseinkommen ohne Transferleistungen ermöglichen.

300 DIE LINKE kämpft auf allen Ebenen in Bündnissen zusammen mit Teilen der Gewerkschaften, Erwerbsloseninitiativen und Verbänden für eine deutliche Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle hier lebenden Menschen. Dazu gehören die Debatten um eine deutliche Erhöhung der Regelsätze des SGB II, Fragen des Einsatzes des Integrationsbudgets durch die das SGB II tragende Institutionen, Definition der tatsächlichen Kosten der Unterkunft, Teilhabemöglichkeit am gesellschaftlichen Leben, um die Möglichkeiten zu erhalten, sich und seine Kompetenzen in die Gesellschaft einzubringen und sich selbst weiter zu bilden.

305 DIE LINKE setzt sich politisch für eine repressionsfreie Mindestsicherung ein, die das inzwischen auch vom Bundesverfassungsgericht anerkannte Recht auf eine menschenwürdige Existenzsicherung gewährleistet. Um diesem Ziel näher zu kommen, stellt sie auch auf kommunaler Ebene die Kritik an den Hartz-Gesetzen in den Mittelpunkt ihrer Politik und unterstützt die lokalen Initiativen und Vereine der Arbeitslosenbewegung und Erwerbslosenausschüsse der Gewerkschaften.

315 DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einem Sanktionsmoratorium.

320 Unabhängig von ihrer grundsätzlichen Kritik an den Hartz-Gesetzen macht es sich DIE LINKE zur Aufgabe, dazu beizutragen, dass sich die konkreten Lebensbedingungen der Hartz IV Betroffenen verbessern und nutzt dafür alle Gremien, in denen ihre gewählten Vertreterinnen und Vertreter Einfluss ausüben können.

DIE LINKE fordert:

325 ■ Einrichtung eines Fachbeirates, in dem die betroffenen Langzeitarbeitslosen in angemessener Weise vertreten sind und der auch tatsächliche Entscheidungskompetenzen hat,

■ Richtlinien zur Zumutbarkeit der Arbeit, die die konkreten Lebensumstände und bisherige Berufspraxis der Betroffenen berücksichtigen und es ihnen erlaubt, unzumutbare Arbeitsangebote sanktionsfrei abzulehnen,

330 ■ Langzeitarbeitslose sind umfassend über ihre Chancen, Möglichkeiten und Rechte zu informieren. Dazu gehört auch ein kostenfreier Zugang zum Internet und zu Fachmagazinen und Fachzeitschriften in den Räumen der Job-Center und in kommunalen Büchereien,

■ Fallmanager/innen sind so zu qualifizieren, dass sie in die Lage versetzt werden, die Betroffenen tatsächlich zu fördern,

- 335 ■ Kürzere Wartezeiten und mehr Zeit für Beratung bei Gesprächen für Hartz IV Betroffene durch eine Personalaufstockung in den Job Centern,
- 340 ■ Deutliche Anhebung der Auszahlung der Kosten der Unterkunft (KdU) durch Anpassung an die tatsächlichen Mietpreise vor Ort,
- Mobilitätskosten nach örtlichen und persönlichen Bedingungen anzuerkennen,
- 340 ■ Einzelfallentscheidungen bei Überschreiten der KdU, die die bisherigen Wohn- und Lebensverhältnisse sachgerecht berücksichtigen,
- Keine Kürzungen bei der Regelsatzleistung aus dem SGB II für Obdachlose – etwa unter dem zynischen Hinweis auf deren angeblich geringere Anschaffungskosten,
- Zahlung der tatsächlichen Heizkosten der KdU,
- 345 ■ Finanzierung unabhängiger SGB II Beratungsstellen.

Wir fordern von den Kommunen, ihren Unternehmen und Einrichtungen sowie von allen freien Trägern, dass keine Ein-Euro-Jobs eingerichtet werden. Es ist zu befürchten, dass diese Arbeitsgelegenheiten reguläre Arbeitsplätze verdrängen oder zumindest das Entstehen neuer Arbeitsplätze verhindern. Öffentliche Aufgaben sollen durch die Einstellung von Personal oder durch die Einrichtung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder sozialversicherungspflichtige Arbeitsgelegenheiten wahrgenommen werden.

355 **Politik für ältere Menschen**

Für immer mehr ältere Menschen in Niedersachsen wird die soziale Situation Jahr für Jahr prekärer. Die Altersarmut nimmt stetig zu, besonders für Frauen. Die Massenarbeitslosigkeit der letzten 30 Jahre und die Manipulationen an der Rentenformel, die die rot-grünen Bundesregierung und die folgenden Bundesregierungen vorgenommen haben, führen dazu, dass für immer mehr Rentnerinnen und Rentner die Altersrente nicht mehr reicht und die betroffenen Alten auf ergänzende staatliche Leistungen in Form der Grundsicherung angewiesen sind. Auch die Rente mit 67 läuft für die meisten Menschen nur auf eine Rentenkürzung hinaus, weil sie aus gesundheitlichen Gründen bis zu dieser Altersgrenze gar nicht arbeiten können. Die Gesundheitsversorgung wird durch den ansteigenden Ärztemangel im ländlichen Raum und in einigen Stadtvierteln in den Oberzentren Niedersachsens schlechter, alte Menschen leiden häufig an Einsamkeit, die Zahlen der Suizidfälle im Alter sind erschreckend, für neue Wohnformen gibt es bislang nur erste Ansätze.

Bis zum Jahre 2020 wird der Anteil der über 60-Jährigen von derzeit einem Fünftel auf fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung anwachsen. Das Alter als eigenständige Lebensphase in seiner Vielfalt gewinnt deshalb an Bedeutung. Immer mehr vitale und kompetente Seniorinnen und Senioren müssen ihre Lebenserfahrungen, ihr Können und Wissen aktiv in die Mitgestaltung der Gesellschaft einbringen können.

375 DIE LINKE will mit ihrer Kommunalpolitik, Beiträge gegen Altersarmut, Vereinzelung und Entsolidarisierung leisten, sowie die Bedingungen dafür verbessern, dass alten Menschen tatsächlich an den kommunalen Entscheidungsprozessen teilnehmen können und Selbstverwaltungsstrukturen wie Seniorenräte zu unterstützen. Es gilt, die Lebensleistung der älteren Generationen zu respektieren, jegliche Diskriminierungen aus Altersgründen zu unterbinden und die Fähigkeiten, Kompetenzen und das Gestaltungspotenzial der älteren Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Sinnvoll ist es, die kommunalen

380 Probleme und Aufgabenstellungen in einem zu diskutierenden und dann zu beschließenden Altenplan zusammenzufassen.

385 Selbstbestimmtes Leben auch im Alter ist ein Recht eines jeden Menschen. So setzt sich DIE LINKE für eine deutliche Ausweitung des Rechts ‚Ambulant‘ vor ‚Stationär‘ ein. Dafür müssen Kriterien für eine entsprechende personelle Ausstattung bei erhöhtem Pflegebedarf entwickelt um umgesetzt werden. Die Mitbestimmung in den Alten- und Altenpflegeheimen muss ausgeweitet werden. Wichtig ist, dass eine ausreichende Kontrolle besonders der privat betriebenen Heime gewährleistet wird.

390 DIE LINKE unterstützt vor Ort alternative Wohnformen auch im Alter und, insbesondere auch gemeinsame Wohnformen für mehrere Generationen.

395 Wir fordern auch die Einrichtung von Seniorenbüros, die in Sozialhilfefragen, in besonderen Lebenslagen über Kur- und Erholungsmaßnahmen, Blindengeld, Wohngeld, gesundheitliche Vorsorge, Hospizarbeit usw. beraten.

Für Seniorinnen und Senioren sind Weiterbildungskonzepte anzubieten, die ihren Lern- und Bildungsbedürfnissen entsprechen und ältere Menschen gleichermaßen als Lernende und Lehrende akzeptieren.

400 Für die Stadtplanung ist wichtig, ein altersgerechtes Wohnumfeld zu schaffen, Begegnungsmöglichkeiten wie Stadtteilzentren und Dorfgemeinschaftshäuser bereitzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass eine Durchmischung der verschiedenen Altersgruppen in allen Wohngebieten gewährleistet wird. Städteplanung muss auf alte Menschen Rücksicht nehmen und ihrem Recht auf Mobilität genügen (Ampeln, verkehrsberuhigte Zonen, Grünanlagen, nahe Wege für Einkauf und andere Erledigungen, ÖPNV etc.). Kulturelle Angebote müssen für Seniorinnen und Senioren erschwinglich und zugänglich sein, auch Freizeit- und Sporteinrichtungen.

410 **Kommunalpolitik für Menschen mit Behinderungen – Barrierefreiheit beginnt in den Köpfen**

Die Solidarität mit Menschen mit Behinderungen in unseren Gemeinden und Städten ist uns Aufgabe und Verpflichtung.

415 Viele Menschen nehmen die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen nicht ernst – ihnen wird häufig auch das Recht abgesprochen, sich laut zu artikulieren. Anderssein wird als Makel diffamiert und sogenannte Behinderte gerne in Sonder- oder Förderschulen, Wohnheime und in Werkstätten für Behinderte abgeschoben. Sie sind damit vielerorts auch weitgehend der öffentlichen Wahrnehmung entzogen. Bei nicht behinderten Menschen fehlt es oft nur an Informationen, um Vorurteile im Umgang miteinander abzubauen zu können. Oft sind Gedankenlosigkeit und Unsicherheit die Ursache für Missverständnis oder gar Diskriminierung.

420 Menschen mit Behinderungen sind in ihren Lebensmöglichkeiten im Alltag noch immer eingeschränkt. Viele Züge, Bahnhöfe oder Busse sind bei Weitem nicht behindertenfreundlich ausgestattet. Blindenampeln sind nicht installiert, Blindenleitsysteme fehlen fast vollständig.

Oftmals sind Kulturveranstaltungen oder Gaststätten für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer nicht zu besuchen, da keine behindertengerechten Toiletten vorhanden sind. Für Gehörlose und Schwerhörige

430 fehlen durchgängig technische Vorrichtungen wie z. B. Induktionssysteme. Gebärdendolmetscher stehen nicht zur Verfügung. Rollstuhlfahren auf öffentlichen Straßen und Wegen ist wegen zu hoher Bürgersteige erschwert. Die Verkehrsmittel des ÖPNV sind nur zum Teil für Rollstühle geeignet.

435 Seit 2009 ist in der Bundesrepublik die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert und dadurch zum geltenden Recht geworden. Im Mittelpunkt dieser Konvention sind die Themen ‚Barrierefreiheit‘ und ‚Inklusion‘ gestellt worden. Deutschland ist hiermit die Verpflichtung eingegangen – und damit alle Bundesländer und Kommunen – Barrieren in der Gesellschaft abzuschaffen/abzubauen, die die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen einschränken. Mit der UN-Konvention wurden weltweit endlich die Möglichkeiten für eine Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen geschaffen, die das Selbstbewusstsein und die Selbstbestimmung von gehandicapten Menschen steigern.

440 DIE LINKE wird gemeinsam mit Bündnispartnern aus Interessenverbänden, Vereinen und mit Einzelpersonen Initiativen ergreifen, die Barrieren im öffentlichen Raum abbauen und darüber hinaus Eltern und Betroffene selbst ermutigen, ihr Recht notfalls einzuklagen, um beispielsweise eine inklusive Beschulung durchzusetzen.

450 DIE LINKE wird auf der kommunalen Ebene dazu beitragen, dass Behindertenbeiräte eingerichtet bzw. gestärkt werden. Ein geeignetes Instrument ist es, einen Behindertenhilfeplan aufzustellen, um Defizite und ihre Ursachen in den Teilhilfesystemen aufzudecken und geeignete Maßnahmen vorzuschlagen. Zu den Aufgabenfeldern gehören:

- Früherkennung und Frühförderung
- Inklusion der Kinder mit Behinderungen in Tageseinrichtungen und Schulen
- Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben
- 455 ■ Freizeit und Weiterbildung
- Sportstätteninfrastruktur
- Hilfseinrichtungen (ambulante Dienste, Kurzzeiteinrichtungen, stationäre Einrichtung, Wohnen mit Assistenz)
- Behindertengerechter Wohnungsneu- und -umbau
- 460 ■ Bebaute Umwelt und Verkehr
- Selbsthilfegruppen und Betroffenenorganisationen
- Politische Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und Koordination der Hilfesysteme
- Möglichkeiten zur Sicherstellung persönlicher Assistenz

465 DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass öffentliche Gebäude, Museen, stadteigene Kulturhäuser, Busse und Bahnen der ÖPNV, Bordsteine, Toiletten und Ampelanlagen behindertengerecht ausgestaltet werden.

470 Der Beschäftigung von Schwerbehinderten ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Wir fordern alle Betriebe auf, die Schwerbehindertenquote einzuhalten. Die Kommunen und in den kommunal beeinflussten Unternehmen müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen.

475 Wir treten dafür ein, dass ambulante soziale Dienste in kommunaler Trägerschaft gefördert und ausgebaut werden und genügend stationäre Plätze und Personal für pflegebedürftige Personen bereitgehalten werden. Damit auch hilfsbedürftige Menschen möglichst lange in der eigenen Wohnung leben können, sollen künftig der Ausbau von alters- und behindertengerechten Wohnungen und betreutes Wohnen gefördert und vorangetrieben werden. Die Schaffung von günstigem Wohnraum für Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Behinderungen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen ist Aufgabe kommunaler Wohnungspolitik.

480 Auch psychisch kranke Menschen leben in den Kommunen und bedürfen für ihr selbstbestimmtes Leben Hilfen, die ambulant erbracht werden. Die Gesundheitsämter sind mit ausreichendem Budget auszustatten, um psychisch kranken Menschen angemessene ambulante Hilfen zu gewähren zu können. Damit wird eine unnötige, einschränkende und kostenintensive Psychiatrisierung vermieden.

485 Sozial gerechte Behindertenpolitik setzt für viele erst einmal ein Umdenken voraus. DIE LINKE stellt sich der gesellschaftlichen Verantwortung zusammen mit den Betroffenen, die Barrierefreiheit in den Köpfen herzustellen!

490 **Gesundheit – ein existenzielles Gut, keine Ware**

495 Seit Jahren findet ein Umgestaltungsprozess des Gesundheitssystems statt, der die gesetzliche Krankenversicherung als Hauptsäule des Gesundheitssystems zunehmend untergräbt und auch kommunale Krankenhäuser unter dem Druck der „Wirtschaftlichkeit“ in existenzielle Not bringt oder zu Maßnahmen nötigt, die die gesundheitliche Versorgung der Patientinnen und Patienten zunehmend verschlechtert. Die ideologischen Vorgaben dieser Umgestaltung sind die Behauptung, im Gesundheitsbereich habe es eine "Kostenexplosion" gegeben, obwohl die Gesundheitsquote, also der Anteil der Ausgaben im Gesundheitswesen am gesellschaftlichen Gesamtprodukt, seit Jahren konstant ist.

500 Krankenhäuser, Krankenkassen und Ärzte werden in einen Wettbewerb zueinander gedrängt, der weniger die Leistungen dafür aber viel mehr die Sparpolitik auf Kosten der Patientinnen und Patienten und den Abbau der Dienstleistungen der im Gesundheitsbereich Tätigen fördert. So findet auch schon seit Jahren ein nachhaltiger Arbeitsplatzabbau bei Ärzten, Pflegern und Krankenschwestern statt, der sich hinter strukturellen Entscheidungen zum Bettenabbau, Privatisierungen und Krankenhausschließungen verbirgt.

510 Der mit der Schröderschen Agenda 2010 eingeschlagene Kurs der Privatisierung von Lebensrisiken wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Altersarmut oder Arbeitslosigkeit soll unter der neuen Bundesregierung nochmals verschärft werden. Oberste Prämisse ist, den Beitrag der Arbeitgeber zur Krankenversicherung stabil zu halten oder zu senken. Die Kostensteigerungen sollen auf die Versicherten sowie Patientinnen und Patienten abgeschoben werden. Durch die Kopfpauschale in der Krankenversicherung wird das Solidaritätsprinzip innerhalb der Krankenversicherung beseitigt und einkommensschwache Versicherte zum Bittsteller beim Staat gemacht.

515 Ergebnis des „freien Gesundheitsmarktes“ ist in Niedersachsen erste Versorgungslücken auf dem Land und in sozialen Brennpunkten der Städte. Die ambulante medizinische Versorgung weist zunehmend größere Lücken auf. Der Grad der ärztlichen Versorgung ist ungleich verteilt. Da die ländliche Bevölkerung im Durchschnitt älter, kränker und weniger mobil ist sowie der Weg zur behandelnden Ärztin bzw. zum behandelnden Arzt oftmals weiter ist als in der Stadt, wirkt sich der Ärztemangel auf

520

dem Land doppelt problematisch aus. Aber auch in Großstädten gibt es in sozialen Brennpunkten massive Probleme bei der ärztlichen Versorgung.

Für DIE LINKE ist maßgeblich: Gesundheit darf nicht zur Ware werden.

525

Gesundheit ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung jeder und jedes Einzelnen. Gesundheit ist ein existenzielles Gut, auf das nicht verzichtet werden kann. Gesundheit ist weit mehr als die bloße Abwesenheit von Krankheit sondern „das vollkommene körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden“, wie es die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert hat. Einrichtungen sowie Leistungen des Gesundheitswesens sollen einer bedarfsgerechten und wohnortnahen Versorgung dienen, die gleichermaßen allen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen bzw. finanziellen Situation, offen stehen.

530

535

Zur gesundheitlichen Versorgung gehören die Weiterentwicklung der Vorsorge, der gesundheitlichen Aufklärung und die Organisierung von gesunden Lebensbedingungen am Arbeitsplatz, in den Wohnungen und in der Freizeit. Auf kommunaler Ebene sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, dem Prozess der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens Widerstand entgegenzusetzen. Deshalb lehnen wir die Privatisierung öffentlicher Krankenhäuser ab.

540

DIE LINKE fordert:

545

- die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes als Beitrag zur Sicherstellung qualitativ hochwertiger Versorgung. Deshalb ist die Rekommunalisierung von privaten (ehemaligen landes-/ kreiseigenen und städtischen) Krankenhäusern und Schaffung kommunaler Krankenhausverbände geboten. Dazu gehört die Einhaltung tariflicher Mindestarbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

550

- die Trennung von ambulantem Sektor und stationärer Krankenhausversorgung sollte überwunden werden; Kooperation von Krankenhäusern müssen gefördert, Polikliniken ausgebaut und in den Wohngebieten der Bau von Ärztehäusern unterstützt werden. Neue Versorgungsformen wie poliklinische Strukturen oder Gemeindegemeinschaften sind zu fördern. So sollten erfolgreich erprobte Modellprojekte wie beispielsweise „AgnES“ (Arztentlastende, Gemeindegemeinschaft, E-Health-gestützte, systemische Intervention) weiter verfolgt werden. Das Gemeindegemeinschaftenmodell verdient eine Renaissance.

555

- die Schaffung einer wohnortnahen, flächendeckenden und bedarfsgerechten Versorgung. Der Ärztemangel auf dem Land und in sozialen Brennpunkten der großen Städte muss überwunden werden, notfalls müssen auch kommunal Anreizsysteme geschaffen werden.

560

- die Einrichtung „kommunaler Gesundheitskonferenzen“ oder „Runder Tische Gesundheit“ ist sinnvoll.

- Präventive Einrichtungen sind auszubauen, dazu gehören Einrichtungen kommunaler Sucht- und Drogenberatung, psychosozialer Einrichtungszentren AIDS-Beratung, und die Gesundheits- und Ernährungsberatung.

- Selbsthilfegruppen und Patienteninitiativen sind finanziell zu unterstützen.

565

Drogen

Die deutsche Drogenpolitik, die bislang einseitig auf Strafverfolgung statt auf Hilfe für Abhängige gesetzt hat, ist gescheitert.

570 Während die Volksdroge Alkohol gepflegt wird, werden Konsumentinnen und Konsumenten weicher Drogen immer noch kriminalisiert, obwohl nach wissenschaftlichen Erkenntnissen Cannabisprodukte weniger gesundheitsschädlich sind als Alkohol.

575 Abhängige von illegalisierten Drogen sind auf das kriminelle Milieu und auf Schwarzmärkte angewiesen. Fehlende Betreuung und Beratung sowie die Angst vor Strafverfolgung gefährdet ihre Gesundheit und führt nicht selten zum Tod.

Wir fordern auf kommunaler Ebene:

- 580 ■ Einrichtung bzw. Ausbau niedrigschwelliger Hilfs- und Beratungsangebote,
- Förderung und Ausbau von Therapie- und Ausstiegsprojekten,
- Substitutionsprogramme mit therapeutischer Betreuung, Einrichtung von Fixerstuben, die Spritzentausch und fachlich kompetente Beratung und Hilfe ermöglichen, einschließlich der Abgabe von Drogen an Schwerstabhängige unter ärztlicher Begleitung,
- 585 ■ Notwendig ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Drogen. Verbote sind hier eher kontraproduktiv. In den Schulen sinnvolle Informations- und Aufklärungskampagnen anstelle bisher stattfindender ideologischer Verteufelung, die von den Jugendlichen ohnehin nicht ernst genommen wird,
- 590 ■ eine stärkere finanzielle Unterstützung von Partydrogenprojekten und die Genehmigung eines Drugchecking-Projektes mit wissenschaftlicher Evaluierung der dadurch gewonnenen Daten. Dabei werden Ecstasy-Pillen und andere Substanzen vor Ort analysiert und die Ergebnisse auf Negativlisten – auch im Internet – veröffentlicht. Bei Schwarzmarktdrogen bestehen gesundheitliche Gefährdungen wegen der häufig unklaren Zusammensetzung.

595 **Bauplanung – bürgernah und bedarfsgerecht**

600 Aufgrund einer verfehlten Stadt- und Regionalplanung und einer Verkehrspolitik, die vor allem auf den Motorisierten Individualverkehr (MIV) setzt, wurden in den letzten Jahrzehnten die Verkehrswege länger. Arbeit, Wohnen, Freizeit und Einkaufen fallen immer stärker auseinander. Neue Baugebiete außerhalb der Städte verstärken den Verkehr, während gleichzeitig Mittel fehlen, alte Dorfkerne zu erneuern.

605 Ein Grund für die längeren Wege ist auch, dass Handel und Dienstleistungen aus den Dörfern weitgehend verschwunden sind und die Landkreise die Verwaltung zentralisieren, um Kosten zu sparen.

610 Infrastrukturelle Einrichtungen - sowohl öffentliche wie etwa Schulen, Kindergärten, Spielplätze, Seniorenwohnheime, Grünanlagen oder auch Kleingartengebiete als auch private wie Geschäfte, Dienstleistungsunternehmen und Gastronomie- müssen wohnungsnah und möglichst ohne Verkehrsmittel erreichbar sein. Denn wesentliche Gruppen der Bevölkerung sind nur im engen Wohnungsumfeld mobil. Das betrifft besonders Seniorinnen und Senioren, Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, aber auch Frauen und sozial benachteiligte Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Wir fordern:

- 615 ■ Neue Siedlungsgebiete auf dem Land müssen möglichst zugunsten von Wohnverdichtung in den bereits besiedelten Gebieten der Städte und Gemeinden vermieden werden.
- Neubaugebiete müssen von Anfang an über eine ÖPNV-Anbindung verfügen und so geplant werden, dass je nach Größe Flächen für eine ausreichende Infrastruktur (Bürgerhaus, Lebensmittelläden, Kneipe, Bank usw.) vorgehalten wird.
- 620 ■ Innenstädte und Gemeindekerne sind durch kommunale Satzungen in ihrem Bestand zu schützen. Der Verkauf von zentrenschädlichen Waren soll untersagt sein und die Ansiedlung weiterer Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ soll vermieden werden.
- Kommunale Verwaltungseinrichtungen müssen dezentral erreichbar sein.
- 625 Demokratisierung heißt auch, Entscheidungsprozesse zu dezentralisieren: Deshalb treten wir in Großstädten für die Bildung von Bezirksvertretungen ein und fordern ihre rechtliche Stellung zu stärken.

Wir wollen Stadtentwicklungsplanung so umorientieren, dass die Schaffung nutzungsgemischter Strukturen für Wohnen, Arbeit und Freizeit in der Breite möglich wird, dabei spezifische Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten und Grundsätze des Gender-Mainstreaming Eingang in die Planung finden und soziale Ausgrenzung verhindert wird.

630

Sozialplanung entwickeln

635

Die Sozialstruktur der Städte ist höchst unterschiedlich. Während insbesondere alte Arbeiterquartiere häufig einen hohen Anteil von Hartz-IV- und Migrantenhaushalten mit sanierungsbedürftigem Wohnraum und geringen Spiel und Freizeitmöglichkeiten aufweisen, gibt es auf der anderen Seite Stadtteile mit großzügigen Grundstücken und hervorragender Infrastruktur. Diese Entwicklung muss gestoppt und insbesondere die Entwicklung von Armutsquartieren verhindert werden. Dazu bieten die Programme der „Sozialen Stadt“ gute Handlungsperspektiven. Im Rahmen der Sanierungsprogramme ist das öffentliche Eigentum zu stärken.

640

645

Große Teile der Innenstädte befinden sich in Privateigentum oder werden privat bewirtschaftet. Die Bereitstellung von neuen Gebäuden und Flächen für die kulturellen und nicht kommerziellen Freizeitinteressen der Bürgerinnen und Bürger bleibt dabei außen vor. Wer nicht konsumieren will oder kann, für den gibt es immer weniger Platz in den Innenstädten.

650

Wo der Konsum gedeihen soll, haben Obdachlose, Drogenabhängige und Bettlerinnen und Bettler zu verschwinden. Ihr Anblick und ihre gelegentlichen Belästigungen sollen Tourist/innen und Kauflustigen erspart bleiben. Dies geschieht auf die weiche Tour, indem Aufenthaltsorte (z. B. Parkbänke) entfernt oder privatisiert werden, oder auf die harte Tour, in dem durch private oder öffentliche Sicherheitsdienste in den Einkaufspassagen Personenkontrollen durchgeführt und Platzverweise erteilt werden.

655

Wir fordern:

- Die Privatisierung des öffentlichen Raums muss gestoppt und wieder zurückgedrängt werden.
- 660 ■ Es muss auch in den Innenstädten nicht kommerziell genutzten Raum geben – Raum für Müßiggang, ohne Konsumzwang und Einkaufsstress.

- Jegliche polizeiliche oder private Videoüberwachung von Plätzen und Straßen muss beendet werden. Durch sie wird Kriminalität allenfalls verlagert.
- Der Übertrag hoheitlicher Aufgaben an private Dienste oder an freiwillige Hilfspolizisten muss aufhören. Private Sicherheitsdienste dürfen nicht länger bestimmen, wer sich wie und wo in der Stadt bewegen darf. Die beste Kriminalitätsbekämpfung ist Vorbeugung und Hilfe.
- Aufenthaltsverbote sollen künftig weder durch die Kommunen noch gar durch private Ordnungsdienste ausgesprochen werden.
- Die Kommunen sollen bei Bedarf runde Tische einrichten, an denen Obdachlose, Drogenabhängige, Geschäftsleute, Vertreterinnen und Vertreter der Politik, der Ordnungsbehörden und sozialer Einrichtungen darüber diskutieren, wie bestehende Konflikte im öffentlichen Raum entschärft werden können.

Grundstücksspekulation bekämpfen

Es ist ein Kennzeichen linker Kommunalpolitik, alle Möglichkeiten zur Bekämpfung der Grundstücksspekulation auszuschöpfen. Während bürgerliche Parteien einschließlich der SPD die kommunale Planungshoheit häufig dazu benutzen, bestimmte Personengruppen (Klientel) durch Planungsentscheidungen zu begünstigen, ist die Kommunalpolitik der LINKEN allein dem Allgemeininteresse verpflichtet und bekämpft die Begünstigung von Sonderinteressen.

Das in der kapitalistischen Gesellschaft vorherrschende Privateigentum an Grund und Boden begünstigt die Bodenspekulation, weil in einer Kommune benötigte Flächen nicht beliebig vermehrbar sind und sich der Preis nach der Nachfrage richtet. So kommt es bei der Spekulation mit Grundstücken häufig zu außerordentlichen Gewinnen der jeweiligen Eigentümer, die dafür weder die eigene Arbeitskraft noch die Investition in produktive Anlagen oder unternehmerische Risiken einsetzen müssen.

Diese außerordentlichen Gewinne werden meist von der Allgemeinheit bezahlt, entweder von den Kommunen mit öffentlichen Haushaltsmitteln oder von den Mietern durch erhöhte Mieten.

Wertsteigerungen der Grundstücke entstehen meist als Planungsgewinne, also dadurch, dass z. B. ursprünglich landwirtschaftlich genutzte Flächen durch Planungsentscheidungen der Kommune für den Wohnungsbau bereitgestellt werden. Das Paradoxe am herrschenden Rechtssystem ist, dass die Eigentümer von Grundstücken einen Anspruch auf Entschädigung nach dem Baugesetzbuch haben, wenn ihr Grundstück durch Planungsänderungen abgewertet wird, sie aber keinen Ausgleich zahlen müssen, wenn ihr Grundstück durch Planungsänderungen aufgewertet wird.

Wir fordern eine Abschöpfung dieser Planungsgewinne, nach dem Vorbild der Umlagen in Sanierungsgebieten. Auf kommunaler Ebene gibt es nur im begrenzten Umfang Methoden, der Bodenspekulation entgegenzuwirken:

Eine Möglichkeit ist die sogenannte Bodenvorratspolitik. Danach werden für die Bebauung vorgesehene Grundstücke von der Kommune zunächst gekauft, dann durch Planungsänderungen (Ausweisung als Wohngebiete) aufgewertet und schließlich an Bauwillige wieder verkauft. Auf diese Weise können Planungsgewinne sozialisiert werden.

Eine andere Möglichkeit liegt darin, das Verfahren der Umlegung nach § 45 ff. des Baugesetzes auszunutzen oder den Wertzuwachs bei Sanierungen abzuschöpfen.

710 Die Übergabe kommunaler Grundstücke in Erbpacht muss stärker praktiziert werden, um auch finanzschwachen Familien Wohneigentum zu ermöglichen, ohne kommunalen Grund und Boden zu privatisieren.

715 **Umweltschonendes Bauen und Sanieren**

Energieeinsparung aber auch der Schutz vor gesundheitsgefährdenden Baustoffen gehören zu den dringend notwendigen Maßnahmen, die nicht alleine von den Einwohnerinnen und Einwohnern, Vereinen und Verbänden zu leisten sind. Gesundes Wohnen darf nicht Luxus Weniger sein, sondern muss unabhängig vom Einkommen allen Einwohnerinnen und Einwohnern möglich sein. Die Kommunen sind im Zusammenwirken mit Land und Bund aufgefordert die Gefahren für Menschen abzuwenden bzw. zu beseitigen, sowie dafür zu sorgen, dass Möglichkeiten der Energieeinsparung gefördert und auch von möglichst vielen genutzt werden können.

725 Wir fordern

- die schrittweise energetische Sanierung sämtlicher öffentlicher Gebäude - Einsatz moderner Materialien und Technik zur Energieeinsparung,
- Schadstoffmessungen bei ersten Verdachtsmomenten, speziell in Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern,
- Informationsdienst für Mieter und Hausbesitzer zu allen Möglichkeiten der öffentlichen Förderung,
- bei energetischer Sanierung des Wohnungsbestandes,
- Kommunale Förderprogramme bei energetischer Sanierung des Wohnungsbestandes,
- Verkauf kommunale Grundstücke für Neubauten mit ökologischen Auflagen.

735

Lokale Agenda 21

740 Die Agenda 21 ist ein Aktionsprogramm der Vereinten Nationen, das 1992 auf der Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung von 178 Staaten unterzeichnet wurde. Die Nachhaltigkeit der Entwicklung, das erklärte Ziel der Agenda 21, steht für einen gesteuerten und begrenzten Verbrauch der Ressourcen, für eine dauerhafte Sicherung hoher Lebensqualität (Wirtschaft), von der niemand ausgegrenzt wird (Soziales) und die sich nicht zulasten der Lebensbedingungen zukünftiger Generationen (Ökologie) und anderer Völker (Entwicklung) auswirkt. Gefragt sind also Lebens- und Wirtschaftsformen, die sich dauerhaft auf alle Erdbewohner übertragen lassen, ohne langfristig Umweltschäden, Engpässe oder Verteilungsgerechtigkeit zu verursachen.

745

750 Die Agenda 21 fordert die Kommunen auf, ein lokales Aktionsprogramm (lokale Agenda) für die nachhaltige Entwicklung vor Ort in einem Dialogprozess mit den örtlichen Interessengruppen, Verbänden, Institutionen und allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu erarbeiten. In zahlreichen Kommunen Deutschlands ist mit diesen Agenda-Prozessen begonnen worden. In andern Städten ist dieser Prozess in Vergessenheit geraten.

755 Lokaler Lösungsansätze sind natürlich sehr begrenzt, weil die politischen Grundentscheidungen auf anderen Ebenen fallen. Es gibt aber auch Aktivitäten, die lokal begonnen werden können und auch müssen.

760 Zu einer sicherlich unvollständige Aufzählung lokaler Politikansätze können z. B. gehören: Bebauungspläne mit Vorschriften für Niedrigenergiebauweise, verdichtetes Bauen, Stärkung der Subzentren in den Städten ("kurze Wege"), Förderung regenerativer Energien, Stärkung des ÖPNV, Fahrradförderung, regionale Wirtschaftskreisläufe, Förderung der Umweltbildung, Wiederverwertung von Abfällen, Schutz von Grünflächen, alten Kulturlandschaften und Förderung des ökologischen Landbaus, örtliche Maßnahmen zum schonenden Wasserverbrauch, Sozial-Pass für Einkommensschwache, Entwicklung der Gemeinwesenarbeit, Sprachkurse und Eingliederungshilfen für Migrantinnen und Migranten, Förderung des Fairen Handels, Kommunalpartnerschaften mit Städten der 3. Welt und schließlich Maßnahmen für mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Entscheidungsprozessen (Anhörungsverfahren, Beteiligung von Bürgerinitiativen, Einrichtung von Bezirksräten usw.)

765

770 **Aktive Wohnraumpolitik**

775 Wohnen beeinflusst wesentlich unser soziales Umfeld, unsere Entwicklungsmöglichkeiten, unser Lebensgefühl. Der stetige Rückgang der Wohnungsbautätigkeit in den letzten Jahren hat in Teilen Niedersachsens, vor allem in den Ballungszentren, zu neuen Erscheinungen von Wohnraummangel geführt, was sich auch nachhaltig auf die Mietpreise auswirkt. Das Fehlen preiswerten Wohnraums, der heutigen Standards entspricht, fördert die Gefahr der Verslumung der Städte.

780 Um dieser Entwicklung etwas entgegen zu setzen, bedarf es kommunaler Wohnungsgesellschaften, die ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und gezielt Wohnbauprogramme auflegen. Indem durch diese Gesellschaften Maßstäbe gesetzt werden, wie durch die Schaffung von barrierefreien Wohnraum, entsteht auf die anderen Akteure im Wohnungsbereich auch ein hilfreicher Handlungsdruck.

Wir fordern:

785 ■ Keine Privatisierung von kommunalen Wohnungsgesellschaften. Sie sind besonders zu unterstützen, wenn örtlich Wohnraummangelsituationen bestehen. Dann sind entsprechende Wohnbauprogramme aufzulegen;

790 ■ In Sanierungsgebieten sind kommunale Eigentumsanteile oder genossenschaftliche Strukturen zu stärken;

■ Modernisierungen mit staatlichen Mitteln dürfen nicht zu Mieterhöhungen führen;

■ Stadtsanierung darf nicht dazu führen, dass finanzschwächere Bevölkerungsgruppen aus ihren angestammten Wohnungen oder gar Quartieren vertrieben werden;

795 ■ Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Mieterinnen und Mietern bei Neubau, Modernisierung und Sanierung, speziell bei der Wohnumfeldgestaltung. Für Befragungen von Einwohnerinnen und Einwohnern bei großen anstehenden Fragen der Stadtplanung und Stadtentwicklung;

■ Kinder- und Jugendbeteiligung bei Um- und Neubau von Kinder- und Jugendeinrichtungen;

800 ■ Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau sind nachhaltig aufzustocken, dabei ist der Bedarf an mietgünstigen Wohnungen ausgehend von einer Analyse der Einkommensverhältnisse voraus-

schauend zu bestimmen. Durch das Fördersystem sollen vorrangig langfristige Sozialbindungen der Wohnungen entstehen;

- 805 ■ Initiativen, die nicht die Rendite, sondern ein bedarfsgerechtes Wohnangebot, zum Beispiel für Seniorinnen und Senioren, zum Ziel haben, sollten gefördert werden. Besonders förderungswürdig erscheinen uns Kleingewerkschaften und andere kollektive Eigentümerformen, die auch alternative Formen des Wohnens und des Zusammenlebens ermöglichen;
- 810 ■ Zu „Räumungen auf die Straße“ darf es generell nicht kommen. Genauso lehnen wir Zwangsumzüge infolge von Hartz IV – also wenn etwa die Wohnung eines ALGII-Empfängers als „nicht angemessen“ bewertet wird – ab;
- 815 ■ Obdachlose und ausländische Flüchtlinge haben ein Recht auf menschenwürdige Unterbringung, deshalb: keine Container-Siedlungen, keine Massenunterkünfte, stattdessen: dezentrale und den jeweiligen Bedürfnissen angepasste Unterbringung in Wohnungen;
- 820 ■ Es gibt viele Möglichkeiten, sich ein „trautes Heim“ einzurichten. Alternative Wohnformen wie Wohnwagensiedlungen dürfen nicht diskriminiert, sie sollten im Gegenteil ganz unbürokratisch unterstützt werden, indem zum Beispiel Gelände dafür bereitgestellt wird;
- 825 ■ Forderungen nach Einrichtung kommunaler Wohnungsmarktagenturen, die in Zusammenarbeit mit der kommunalen Wohnungswirtschaft, mit Mietervereinen und Genossenschaften der sozialen Entwicklung des Wohnungsmarktes verpflichtet sind. Aufgaben sollen vor allem sein die Wohnungsvermittlung, aber auch Beratung bei Untervermietung, Wohnungstausch und Umzugshilfen, damit unterbelegte Wohnungen besser ausgenutzt werden; Beratung für sozial und ökologisch sinnvolles Bauen; Schließen von Baulücken in den Innenstädten;
- 830 ■ Bedarfsgerechte und mit Stromanschluss und Sanitäranlagen ausgestattete Rast- und Lagerplätze für Sinti und Roma in Absprache mit ihren Verbänden und Organisationen zu schaffen.

825

Obdachlosigkeit

Obdachlosigkeit ist schon lange nicht mehr ausschließlich das Problem sog. sozialer Randgruppen, sondern kann (fast) jeden treffen. Der Verlust der Wohnung ist weit mehr als der Verlust des Daches über dem Kopf, sondern führt häufig direkt in die Arbeitslosigkeit, zum Verlust des sozialen Umfelds zu Vereinsamung, Problemen in der Gesundheitsversorgung, psychischen Problemen und nicht selten zu Suchtproblemen.

830

Wir fordern:

835

- 835 ■ Wohnungen für Obdachlose mit regulären Mietverträgen und wenn notwendig Betreuungsangeboten, anstelle von Unterkünften in Wohnheimen und Schlichtwohngebieten ohne Mietverträge,
- 840 ■ niederschwellige Angebote wie Tageswohnungen und Übernachtungsplätze müssen bedarfsgerecht ausgeweitet werden,

840

- 840 ■ niederschwellige Zugangsmöglichkeiten für alle zu ärztlicher Versorgung und hygienischen Einrichtungen,
- 845 ■ das Ende der Vertreibung Obdachloser und Nichtsesshafter aus öffentlichen Räumen,
- 845 ■ Öffnung von U-Bahn Stationen und Bahnhöfen als Notbehelf im Winter, damit sich Obdachlose und Nichtsesshafte vor Erfrierungen schützen können,

845

- 845 ■ spezielle Angebote für obdachlose Frauen sowie Jugendliche und Kinder.

Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

- 850 Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind in den Kommunen spürbar, ihre Folgen kommen in den Kommunen aber auch zeitlich verzögert an. Der kurze wirtschaftliche Aufschwung in 2008 hatte Luft für angemessene Tarifabschlüsse gegeben. Die in der zweiten Jahreshälfte 2008 einsetzende Wirtschaftskrise hat viele Arbeitsplätze gekostet, das Schlimmste konnte noch durch Konjunkturprogramme und Kurzarbeit abgewendet werden, auch wenn diese Maßnahmen unzureichend waren.
- 855 Der durch den niedrigen Euro-Kurs stimulierte Aufschwung der Exportwirtschaft Anfang 2010 konnte die grundlegenden Probleme des Arbeitsmarktes aber nicht beheben: Das sind Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, zeitliche Befristungen, Teilzeitarbeit mit 10- oder 20-plus-Verträgen, Befristungen und Scheinselbstständigkeit. Davon sind besonders Frauen betroffen. Neue Arbeitsplätze gibt es allenfalls durch prekäre Arbeitsverhältnisse. Abhängig Beschäftigte haben oft Zweit- oder Drittjobs, mit den notwendigen Fahrtzeiten bleiben dann wenig Zeit für sich persönlich, die Familie oder das Ehrenamt.
- 860

- Die Erwerbslosenzahlen nehmen bei Jugendlichen, Ausländerinnen und Ausländern und Menschen mit Behinderungen dramatisch zu. Jugendliche haben ohne Ausbildung oder nach der Ausbildung kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz, Ausländerinnen und Ausländer erleben eine Verschärfung der nicht fassbaren Ausgrenzung, Menschen mit Behinderungen geraten gerade durch immer niedrigere Beschäftigungsquoten an den Rand.
- 865

- 870 Durch die Kürzungen der Personalbudgets im öffentlichen Dienst erleben die Beschäftigten dort eine Verschärfung ihrer Situation. Zum Konzept „schlanke Verwaltung“ werden jetzt Kürzungspakete „vergeben“. Überlastanzeigen sind zur Tagesordnung geworden. Regierungsvorhaben der Bundes- und Landesebene für Umstrukturierungen und Standortschließungen nehmen keine Rücksicht auf die Arbeitsplatzsituation in der Region, betroffen sind die Kommunen.

- 875 Vorrangiges Ziel der kommunalen Wirtschaftspolitik der LINKEN ist der Erhalt von bestehenden und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. DIE LINKE steht für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Existenz sichernd und sozialversicherungspflichtig sind und dafür, dass Tarifverträge bestehen und eingehalten werden. Generell fordern wir einen Mindestlohn von 10 € pro Stunde als unterste Einkommensgrenze.

880

Wirtschaftsförderung

- 885 Im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung möchten wir gesichert wissen, dass die Bereitstellung öffentlicher Gelder oder Preisnachlässe bei Grundstücksverkäufen an Bedingungen geknüpft wird, die für die Allgemeinheit nützlich sind. Dazu gehören die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, die tarifliche Bindung, die vertragliche Zusicherung bestimmte Arbeitsplätze zu schaffen, die Frauenförderung und Garantien für die Einstellung von Menschen mit Behinderungen. Auch die Einhaltung ökologischer Standards muss in Wirtschaftsförderungsentscheidungen vertraglich abgesichert werden.
- 890

Wir treten für eine Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe ein, auch um Kapitalkonzentration entgegenzuwirken, bestehende kleine und mittlere Unternehmen zu stärken und durch bedarfs- und gebrauchswertorientierte Politik Ressourcen und die ökologischen Systeme zu schonen. Die Entwicklung

895 regionaler Wirtschaftskreisläufe kann Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Der Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe macht viele Transportwege überflüssig. Regionale Wertschöpfungsketten binden Kaufkraft und Kapital in der Region.

900 Der Aufbau von wirtschafts- und technologischen Kompetenzzentren ist zu unterstützen. Existenzgründungen sind zu fördern. Neben Wagniskapital benötigen Existenzgründerinnen und -gründer vor allem Qualifikation, Kontakte und eine dem Unternehmenszweck entsprechende Infrastruktur. Hier können kommunale Gründer- und insbesondere Gründerinnenzentren hilfreich sein, die jungen Unternehmen preisgünstig Räume, Bürodienstleistungen und andere Infrastrukturleistungen anbieten. Die Organisation von Gesprächsforen, Wirtschaftstagen und lokalen Messen kann helfen, neue Kontakte zu vermitteln.

905 Um die Ausbildungsmisere zu bekämpfen, treten wir dafür ein, dass die Kommunalverwaltungen und kommunal beeinflusste Unternehmen vermehrt Ausbildungsplätze anbieten.

910 **Beschäftigungspolitik**

DIE LINKE unterstützt Arbeitszeitmodelle mit Arbeitszeitverkürzung – selbstverständlich bei vollem Lohnausgleich.

915 Innerhalb der JOB-Center, ARGEN oder bei den anderen Hartz-IV-Kommunen sollten die kommunalen Entscheidungsträger auf eine Beschäftigungspolitik drängen, die menschenunwürdigen 1-EURO-Jobs ausschließen und statt dessen die Möglichkeiten der Arbeitshilfe zur Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten (AUA) nach § 16(3) S.1 SGB II (Arbeitsgelegenheiten mit Arbeitsvertrag) auszuschöpfen und so Langzeitarbeitslose in den Arbeitsprozess zu integrieren. Vorrangig sind Maßnahmen, die Qualifikationen von Erwerbslosen erhalten und erweitern, zu finanzieren.

920 Der Aufbau und die Unterstützung „sozialer Betriebe“ kann sinnvoll sein, wenn diese Betriebe nicht durch immer strengere Selbstfinanzierungsaufgaben gezwungen werden, ihre ursprünglichen Zielgruppen (z. B. Langzeitarbeitslose, Frauen nach der Familienphase) auszugrenzen.

925 Regionale Zukunftsinvestitionsprogramme sollten mit den regionalen Arbeitsmarktakteuren insbesondere den Gewerkschaften, Personal- und Betriebsräten und Erwerbsloseninitiativen entwickelt werden.

930 Bei Standortschließungen in der Rüstungsindustrie und bei der Bundeswehr sind Konversionsfonds zu bilden, die übergreifend in der Region und auf Landes- und Bundesebene zusammenarbeiten müssen. Die Qualifikation der Beschäftigten in diesen Bereichen ist vielseitig verwendbar.

935 Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung müssen selbstverständlich in der Kommune gelebt werden. DIE LINKE unterstützt deshalb die Personalräte und Betriebsräte bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und wird darauf drängen, dass in öffentlichen Unternehmen und Betrieben mit kommunalem Einfluss weitgehende Mitbestimmungsmöglichkeiten geschaffen werden.

940 Besondere Förderung verdienen demokratische Organisationsformen in der Wirtschaft, z. B. Genossenschaften. In dem sogenannten 3. Sektor der Wirtschaft (Genossenschaften, Vereine, Verbände, Stiftungen etc.) werden soziale, kulturelle und ökologische Aufgaben erfüllt und neue Potenziale für zusätzliche Beschäftigung geschaffen.

945 Berechtigte Tarifforderungen für den öffentlichen Dienst werden in den Räten von der LINKEN unterstützt.

Landwirtschaft nur ökologisch und sozial zukunftsgerecht

950 Die bäuerliche Landwirtschaft in Niedersachsen befindet sich seit vielen Jahren in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Ein globalisierter Weltagrarmarkt und die daraus resultierende Marktmacht der Handelskonzerne verweigern unseren Bäuerinnen und Bauern Erzeugerpreise, die dem tatsächlichen Wert der geleisteten Arbeit entsprechen. Dadurch werden die Produzierenden von Lebensmitteln unter die Kontrolle und in die Abhängigkeit einiger Weniger gestellt. Die Milchbäuerinnen und -bauern haben in jüngster Zeit mit ihren Aktionen deutlich gemacht, dass ohne faire Erzeugerpreise ihre Existenzen gefährdet sind.

960 Unter dem Druck des Konkurrenzkampfes verwenden Bauern immer wieder Antibiotika, Hormone, Pestizide und Düngemittel im Übermaß, deren Rückstände uns als Verbraucherinnen und Verbraucher in unserer Gesundheit bedrohen, vor allem, wenn sie falsch dosiert eingesetzt wurden.

965 Die Fortschreitung der kapitalistischen Industrialisierung der Landwirtschaft wird besonders an der Massentierhaltung deutlich. In vielen Regionen Niedersachsens ist der Bau neuer Hähnchenmastanlagen mit bis zu 39 999 Mastplätzen beabsichtigt. Es soll 400 dieser Anlagen zukünftig zusätzlich geben. Mit der Beschränkung auf die so genannte „kleine Stallgröße“ fallen die Betreiber im Genehmigungsverfahren nicht unter das Bundes-Immissionsschutzgesetz. Wie hoch der Tierbestand dann später tatsächlich sein wird, lässt sich nur erahnen. Bedingt durch ein falsches Anreizsystem wird so Überproduktion hervorgerufen.

970 Im Pflanzenbau treiben Unternehmen der Biotechnologie und Gentechnik die Industrialisierung der Produktion voran. Sie versuchen die in Jahrhunderten entstandene Vielfalt an natürlichen Agrarereignissen, vor allem pflanzlichen, zu kommerzialisieren.

975 DIE LINKE wendet sich gegen eine Agrarpolitik, durch die gesundheitliche Schädigungen der Verbraucherinnen und Verbraucher, wirtschaftlicher Bankrott kleinerer bäuerlicher Betriebe und die Verringerung der Vielfalt der Kulturarten bewusst in Kauf genommen wird.

980 DIE LINKE setzt sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein.

DIE LINKE unterstützt die sozialen Interessen der Bauern. Wenn es in der Industrie und bei den Dienstleistungen einen Mindestlohn geben muss, dann gilt auch, dass die Landwirte für ihre Produkte Mindestpreise erhalten müssen, um von ihrer Arbeit leben zu können.

985 Agrarpolitik wird aber nicht nur in Brüssel, Berlin oder Hannover gemacht. Auch in den Kommunen gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, eine regionale und umweltverträgliche Landwirtschaft zu stärken und Einfluss im Sinne der kleinen und mittelständischen Betriebe und zum Wohle der Verbraucher auszuüben. Durch Raumordnungs-, Flächennutzungspläne und Bebauungspläne und eine strengere Überwachung der Einhaltung des Baugesetzbuches und der niedersächsischen Bauordnung kann viel stärker als bislang üblich steuernd eingegriffen werden, um eine umwelt- und sozialverträgliche und auch artgerechte Tierhaltung und Pflanzenproduktion sowie eine der jeweiligen Region angepassten Landschaftspflege durchzusetzen.

990 stärker als bislang üblich steuernd eingegriffen werden, um eine umwelt- und sozialverträgliche und auch artgerechte Tierhaltung und Pflanzenproduktion sowie eine der jeweiligen Region angepassten Landschaftspflege durchzusetzen.

995 Durch die Kommunalpolitik sollten regionale Wirtschaftskreisläufe gefördert werden. Großküchen kommunaler Einrichtungen könnten vorrangig auf Produkte örtlicher Direktvermarkter und örtlicher Biobetriebe zurückgreifen. Ähnlich ist die Versorgung von Schulen und Kindergärten, Krankenhäusern und Pflegeheimen zu betreiben. Auf diese Weise wird auch eine gesunde Ernährung in einem Bereich sichergestellt, in dem das gesundheitliche Risiko bei unzureichender Qualität erheblich ist. So werden Arbeitsplätze in der Region und unsere unmittelbare Kulturlandschaft erhalten und Umwelt schädigende, lange Transportwege vermieden. In dem Maße wie Schulen auf Ganztagschulen umgestellt werden, sollten auch eigenen Schulküchen eingerichtet werden, die von der regionalen Landwirtschaft zu beliefern wären. Bauernmärkte und andere Formen der Direktvermarktung sollen gefördert werden.

1000 Die Zusammenarbeit der Kommunen mit Landwirtinnen und -wirten für die Bioenergiegewinnung ist zu verstärken. Bei Biogasanlagen sollten jedoch nur Anlagen in Betrieb genommen werden, die landwirtschaftliche Abfälle oder Abfälle aus dem Lebensmitteleinzelhandel verwerten.

1005 DIE LINKE setzt sich ein für eine umweltverträgliche Nutzung der kommunalen Wälder ein. Der Wald soll als Lebensraum für Pflanzen und Wildtiere, Erholungsgebiet und „grüne Lunge“ für die Bevölkerung und als wichtigen Baustein für den Klimaschutz erhalten werden. Waldflächen sollten deshalb auch allgemein ausgeweitet werden. DIE LINKE wendet sich entschieden gegen einen Verkauf von Wald und auch gegen eine Schädigung und Verringerung von Waldflächen im Zuge von Infrastrukturmaßnahmen.

1015 **Kommunale Finanz- und Haushaltspolitik**

1020 Viele Städte, Gemeinden und Landkreise in Niedersachsen befinden sich an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit. Die kommunale Finanzausstattung ist dramatisch. Das verfassungsmäßig garantierte kommunale Selbstverwaltungsrecht wird so immer mehr ausgehöhlt. Die kommunalen Kassenkredite zwischen Ems und Harz sind auf 4,5 Milliarden Euro angewachsen - Tendenz weiter steigend. Der sogenannte „Zukunftsvertrag“ zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden, der jährlich bis zu 70 Mio. Euro für die Entlastung von Kassenkrediten vorsieht, ist in Wirklichkeit ein Verschuldungsvertrag, weil weniger verschuldete Kommunen die noch mehr verschuldeten unterstützen müssen. Seit vielen Jahren kürzen die niedersächsischen Kommunen insbesondere bei ihren Ausgaben für Personal und Investitionen.

1025 All das wirkt sich negativ auf die Lebensbedingungen und das Wohlbefinden der Menschen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie auf die Rahmenbedingungen der örtlichen Wirtschaft aus. Unter Stellenabbau und fortwährendem Privatisierungsdruck haben die Beschäftigten in den Kommunalverwaltungen zu leiden. Die ausbleibenden kommunalen Investitionen wiederum treffen insbesondere das lokale Handwerk und örtliche Bauunternehmen sowie deren Beschäftigte. Die Kommunen sind nicht mehr in der Lage, ihrer Rolle als wichtigster öffentlicher Auftraggeber gerecht zu werden.

1030 Die dramatische Haushaltsentwicklung der Städte, Gemeinden und Landkreise ist zum weitaus überwiegenden Teil nicht von den Kommunen selbst verschuldet. Sie ist vielmehr die Folge des Vollzugs von kommunalfeindlichen Bundes- und Landesgesetzen, verschärft durch den Einbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise.

1035 Allein im Zeitraum von November 2008 bis Sommer 2009 wurden auf der Bundesebene 10 Gesetzesvorhaben zur Steuerentlastung verabschiedet, die bis zum Jahr 2013 zu einer Mehrbelastung der nie-

1045 dersächsischen Kommunen von rund 1,9 Milliarden Euro führen werden. Mit dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Bundesregierung vom Dezember 2009 drohen den niedersächsischen Städten und Gemeinden bis zum Jahr 2014 weitere Steuerausfälle in Höhe von insgesamt ca. 870 Mio. Euro.

1050 Die Landesregierung wiederum lässt darüber hinaus mit der Kürzung der Finanzausweisungen des Landes an die Städte, Gemeinden und Landkreise im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs von 580 Mio. Euro im Vergleich zu 2009 die Kommunen in der Tat am ausgestreckten Arm verhungern.

1055 Gleichzeitig zieht sich der Bund zusehends aus der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben zurück und überlässt den Städten, Gemeinden und Landkreisen zusehends deren Finanzierung. Das betrifft in erster Linie die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, die Kosten der Unterkunft für Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen und -Empfängern (KdU), die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen sowie die Kosten für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz unter für Kinder unter drei Jahren.

1060 Für die Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Landkreise fordert DIE LINKE:

1065 ■ Die bereits beschlossenen Steuersenkungen, die zu Mindereinnahmen der Kommunen geführt haben bzw. weiter führen werden, müssen zurückgenommen werden. Auf weitere Steuersenkungen muss die Bundesregierung verzichten.

1070 ■ Die Gewerbesteuer steht den Kommunen zu. Die Gewerbesteuerumlage, mit der sich Bund und Länder an den kommunalen Einnahmen bedienen, muss deshalb abgeschafft werden.

1075 ■ Der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen sollte insgesamt erhöht und das Steueraufkommen der Städte und Gemeinden nachhaltig vergrößert werden. Vorrangig ist dabei, die Gewerbesteuer als wichtigste eigene Einnahme der Städte und Gemeinden mit Hebesatzrecht zu erhalten und zu einer Gemeindefortschrittsteuer weiterzuentwickeln. Dadurch soll die hohe Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuer verringert werden. Die entsprechend zu entrichtende Gemeindefortschrittsteuer soll mit der jeweiligen Zahlung der Einkommensteuer verrechnet werden. Darüber hinaus soll die Bemessungsbasis der bisherigen Gewerbesteuer deutlich verbreitert werden.

1080 ■ Die Grundsteuer ist so zu reformieren, dass die Kommunen eigene Gestaltungsmöglichkeiten erhalten und die Hebesätze lokal differenziert festlegen können, um steuernd auf zu fördernde Siedlungsentwicklungen, aber auch auf unerwünschten Flächenverbrauch einwirken zu können.

1085 ■ Der Anteil des Bundes an der Finanzierung der Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II, der Grundsicherung im Alter, bei der Erwerbsminderung, bei Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen sowie der Kosten für die Umsetzung eines Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz unter drei Jahren muss bedeutend erhöht werden. Er ist regelmäßig an die tatsächlich entstehenden Kosten anzupassen.

1090 ■ DIE LINKE fordert, dass alle gesetzlichen Einschränkungen aufgehoben werden, die es den Kommunen zurzeit verbieten oder erschweren, selbst wirtschaftlich tätig zu sein und so eigene Einnahmequellen zu erschließen. Wichtig ist, dass der Privatisierungsdruck von den Kommunen genommen wird, damit die Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, Konzessionsabgaben, Gewinnbeteiligungen und andere Einnahmen aus kommunalen Betrieben oder Beteiligungen zu erzielen.

- 1090 Unter den Bedingungen, die Kommunalpolitikerinnen und -politiker vorfinden, wird häufig in den Gemeinden die eigene Finanzpolitik als alternativlos dargestellt. Trotz der gerade auch von uns immer wieder kritisierten Rahmenbedingungen ist dies tatsächlich fast nie der Fall. Ob und welche Investitionsvorhaben für Großprojekte getätigt werden, in welcher Höhe für repräsentative Ausgaben Geld verschleudert wird und in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen Wirtschaftsförderung gewährt wird, ist immer ein Entscheidungsprozess, der verschiedene Lösungen zulässt.
- 1095 Kommunale Finanzentscheidungen hängen häufig mit Umverteilungen öffentliche Gelder in private Taschen zusammen. Es besteht stets die Aufgabe, kritisch zu überprüfen, zu welchen Preisen städtische Grundstücke gekauft oder verkauft werden und offen zu legen, wer von diesen Entscheidungen im Einzelfall profitiert.
- 1100 Es ist nicht auszuschließen, dass wir im Einzelfall unter dem anhaltenden Finanzdruck in den Kommunen auch dafür eintreten werden, den Hebesatz für kommunale Steuern (Grundsteuer und/ oder Gewerbesteuer) zu erhöhen. Gerade bei der Gewerbesteuer ist dies auch vertretbar, weil die Unternehmen durch die in Berlin beschlossene Steuerreform nachhaltig entlastet worden sind und die Gewerbesteuer ihrer Struktur nach eine Gewinnsteuer ist, die ganz kleine Betriebe durch Freibeträge sogar von der Steuer freistellt.
- 1105

Frauenpolitik

1110 Arbeit

- 1115 Der neoliberale Umbau der Gesellschaft mit dem Gipfel der Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Zerstörung der Normalarbeitsverhältnisse im Visier. Verliererinnen und Verlierer sind Männer und besonders Frauen. Immer mehr traditionell männlich besetzte, Existenz sichernde Arbeitsplätze im Bereich der Industrie fallen weg. Zunehmend landet der einstige Ernährer der Familie in Arbeitslosigkeit oder prekären Arbeitsverhältnissen und kann seine traditionelle Rolle nicht mehr ausfüllen.
- 1120 Die Erwerbstätigkeit der Frauen dagegen hat sich erhöht. Aber weder die Erledigung des Ernährermodells noch die größere Teilhabe am Erwerbsleben – beides zentrale Forderungen der Frauenbewegung – bedeuten einen Durchbruch bei der Frauenemanzipation. Die Zunahme der Erwerbstätigkeit bewegt sich im Niedriglohnbereich mit Teilzeitstellen, von denen eine allein nicht zur Existenzsicherung ausreicht. Frauen übernehmen zunehmend (als Alleinerziehende) die Rolle der Ernährerinnen der Familie, ohne dass sich die traditionelle Arbeitsteilung der Geschlechter wesentlich ändert: Zu der Anforderung der Existenzsicherung sind sie nach wie vor zuständig für liebevolle und fürsorgliche Arbeit am Menschenwerden und -sein, also für den Bereich, in dem die Grundlagen für die Reproduktion einer menschenwürdigen Gesellschaft gelegt werden. Eine solche Doppelbelastung unter prekären Bedingungen wird von den Frauen nicht zu leisten sein, eine gesellschaftliche Sicherung der Grundversorgung aller ist dringliches Gebot. Sonst droht eine zunehmende Verrohung der Gesellschaft.
- 1125
- 1130 Deshalb bleibt die LINKE nicht stehen bei der alten Forderung der Frauenbewegung nach „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, die jetzt alle Parteien in ihren Programmen haben. Die Frauenpolitik der LINKEN ist darauf gerichtet, die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen bei garantierter sozialer Sicherheit. Frauen und Männer sollen sich in Beruf und Familie engagieren, für ihre eigene Entwicklung sorgen und politisch auf die Gestaltung der Gesellschaft Einfluss nehmen können. Dazu brauchen sie Zeit. Deshalb kämpft die LINKE für eine drastische Kürzung der Erwerbsarbeitszeit.
- 1135

In einer solchen Perspektive setzt sich die LINKE dafür ein,

- 1140 ■ dass die Kommune in erzieherische, pflegerische und sonstige personenbezogene Dienstleistungen investiert und diese - einschließlich ihrer meist weiblichen Trägerinnen - gesellschaftlich aufwertet durch erheblich bessere Bezahlung und zeitliche Ausstattung; die Forderung „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ ist darin aufgehoben und zugleich überschritten;
- 1145 ■ dass die Vereinbarkeit von häuslichen und beruflichen Tätigkeiten nicht als Problem der Frauen und auch nicht allein als Forderung an die Männer, sondern als gesellschaftliches Problem in der Kommune gesehen wird;
- dass der gesetzlich garantierte Ausbau der Kitas umgesetzt wird und den Bedürfnissen der Erziehenden wie den betreuten Kindern entspricht;
- 1150 ■ dass Arbeitskämpfe von Erzieherinnen, Krankenschwestern, Hebammen usw. um Arbeitsbedingungen, die eine qualifizierte Ausübung ihrer Arbeit im Sinne der ihnen anvertrauten Menschen ermöglicht, in gleichem Maße unterstützt werden wie Arbeitskämpfe in traditionell männlich besetzten Arbeitsbereichen.

1155 Gleichstellung

1160 Im kapitalistischen Patriarchat wurden Frauen die Tätigkeitsbereiche des Hegens und Pflegens von Mensch (und Natur) zugewiesen. Das sind die Tätigkeiten, mit denen schwer und nur um den Preis der Qualität Profit zu erzielen ist und die deshalb nebenher und umsonst geregelt werden. Dass Frauen dafür eingesetzt worden sind, rührt aus der älteren Unterdrückung im Patriarchat. Damit wurden Geschlechterverhältnisse zementiert, in denen die Unterordnung und Abwertung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen Prinzip ist - einschließlich der Sprache und Bilder, mit denen die Bewertungen des weiblichen Geschlechts in den Alltagsverstand eingeschrieben werden.

1165 Die LINKE unterstützt alle Maßnahmen von Gleichstellungspolitik, die immer noch notwendig ist gegen die Hartnäckigkeit patriarchaler Geschlechterverhältnisse und auf die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit zielt. Aber Gleichstellung und Quotierung als ihr politisches Instrument sind nur Mittel zum Ziel. Die LINKE gibt sich nicht mit Gleichstellung von Frauen in nicht veränderten Verhältnissen zufrieden. Gleichstellung setzt auf die Produktivkraft von Frauen für eine andere Gesellschaft, die sie aus ihren Erfahrungen der Arbeit am Menschen werden und - sein historisch gewonnen haben und die es zu befreien gilt.

1175 Auf diesem Weg zum Ziel will die DIE LINKE auch in den Kommunen Regelungen zur Gleichsetzung der Geschlechter auf dem privaten und öffentlichen Arbeitsmarkt durchsetzen. Dazu gehören kommunale Programme für die Vergabe von Arbeits- und Ausbildungsstellen an Frauen ebenso wie entsprechende Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote und die quotierte Vergabe von Arbeitsplätzen, insbesondere auch auf der Ebene von Führungspositionen.

1180 Kommunen können Vorbild für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit sein. Die LINKE setzt sich dafür ein, dass *Gender Mainstreaming* nicht nur Lippenbekenntnis bleibt, sondern dass die Sichtweise und die Bedürfnisse von Frauen bei der Vertragsvergabe, Ausweisung und Gestaltung neuer Gewerbegebiete, bei Mittelstandsförderung und Unternehmensansiedlungen praktisch einbezogen werden. Voraussetzung ist die personelle Ausstattung der Entscheidungsinstitutionen mit frauenpoli-

1185 tischer Kompetenz; dazu gehört die Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie eine entsprechende Sicherstellung der materiellen Grundlagen ihrer Arbeit.

1190 Die LINKE setzt sich aber auch für den Erhalt autonomer Räume ein, in denen Frauen sich gegenseitig stärken können durch Austausch ihrer Erfahrungen und die Entwicklung von Strategien, um die männerdominierte Gesellschaft mit Lust und Fantasie zu durchkreuzen. Dazu gehören der Erhalt bestehender und der Ausbau neuer Frauenprojekte, insbesondere solcher, die mit neuen kulturellen Formen vor allem auch junge Frauen ansprechen wollen.

1195 Die Diskriminierung beginnt in den Köpfen. Gleichstellung herzustellen ist deshalb immer auch eine Forderung die gesellschaftliche Kultur zu verändern. Deshalb setzen wir uns für kulturelle Projekte ein, die gezielt eine Veränderung dieser patriarchalen Mentalität fördern. Dazu gehört, dass Kinder schon im Kindergarten ein geändertes Rollenverhalten erlernen. Dies muss dann in Schulen, in der beruflichen Ausbildung und an Universitäten weitergeführt werden.

1200 **Gewalt gegen Frauen**

1205 Geschlechterverhältnisse beinhalten strukturelle Gewalt gegen Frauen, gegen die DIE LINKE die Veränderung der Arbeitsverhältnisse und Gleichstellungspolitik setzt. Studien belegen, dass die Rate der Gewalt gegen Frauen mit dem Grad der Durchsetzung von Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit abnimmt. Das ist wichtig, reicht aber nicht:

1210 Gewalt gegen Frauen ist zum großen Teil sexuelle Gewalt. Sie richtet sich gegen Frauen und Mädchen, nur weil sie weiblichen Geschlechts sind und daher gesellschaftlich für verwundbar und untergeordnet gehalten werden. Sexuelle Gewalt reicht von der häuslichen Gewalt bis zu Gewaltformen in der käuflichen Liebe, der Prostitution. Sie ist in allen Klassenlagen gegenwärtig und nicht allein durch die soziale Frage lösbar.

1215 Kommunal setzt sich DIE LINKE deshalb für alle Formen der Prävention von männlicher Gewalt gegen Frauen ein und für die umfassende Bereitstellung von Schutzräumen von Frauen und Mädchen. Gegen Mittelkürzungen z. B. für Frauen- und Mädchenhäuser wird Die LINKE entschieden Widerstand mobilisieren.

1220 Von Gewalt gegen ihr Geschlecht sind alle Frauen betroffen, auch wenn sie nie angegriffen worden sind. Sich nachts wachsam (oder mit Angst) im öffentlichen Raum zu bewegen gehört zum Frau-Sein und beeinträchtigt die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Auch deshalb setzt sich die LINKE für mehr Sicherheit für Frauen und Mädchen im öffentlichen Raum ein: Mehr Frauenparkplätze, für Frauen gesicherte Bereiche in öffentlichen Verkehrsmitteln und beleuchtete Wege müssen gewährleistet werden. Frauennachttaxis sind zu fördern, Beispiele dafür gibt es schon in Niedersachsen, wo im Wege der Kooperation von örtlichen Taxi-Unternehmen und Kommunalverwaltung preisgünstige Fahrgelegenheiten für Frauen zur Nachtzeit geschaffen werden, um gefahrlos nach Hause kommen zu können.

1230 Prostitution ist in den Kommunen oft ein aufgeregtes Feld bürgerlicher Doppelmoral. Es wird Anstoß an dem Gewerbe genommen wegen Belästigung der Jugend, der Nachbarschaft, der Allgemeinheit. Die Arbeitsbedingungen der Prostituierten, die oft immer noch gewaltförmig sind, spielen eher keine Rolle.

1235 Für Die LINKE war das Prostitutionsgesetz von 2002 ein wichtiger Schritt, mit dem die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Sexarbeiterinnen verbessert und legalisiert worden sind. Auf kommunaler Ebene setzt sie sich für die Umsetzung des Gesetzes ein und unterstützt die Prostituierten in ihren Kämpfen, selbstbestimmt einer Tätigkeit nachzugehen, die arbeitsrechtlich allen anderen gewerblichen Beschäftigungsverhältnissen gleichgestellt ist.

1240 **Öffentliche Sicherheit - Prävention**

1245 Für Linke ist Kriminalität in erster Linie ein soziales Problem. Politiker anderer Parteien nutzen das Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung nicht selten für demagogische Vorstöße nach mehr Polizeipräsenz zu rufen, Bürgerrechte beschneiden zu wollen oder sich öffentlich gegen Minderheiten zu stellen, seien es Bettlerinnen und Bettler, Drogenabhängige oder Prostituierte. Wir machen das nicht mit.

1250 Kommunalpolitisch besteht die Aufgabe, durch Sozialpolitik präventiv tätig zu sein, also soziale Strukturen zu schaffen, die gefährdete Menschen auffangen können und ihnen helfen, ihre Probleme zu lösen. Die Kameraüberwachungen auf öffentlichen Plätzen und ebenso wenig die Übertragung polizeilicher Aufgaben auf private Sicherheitsdienste ("Schwarze Sheriffs") können die Probleme lösen. Solche Maßnahmen gefährden nur Bürgerrechte.

1255 Die Bekämpfung der Kriminalität mit repressiven Mitteln ist Landesaufgabe. Die präventive Arbeit kann aber in den Kommunen mit Präventionsräten koordiniert werden, wenn dabei gesichert ist, dass die Grundrechte der Einwohnerinnen und Einwohner und Datenschutz gewahrt bleiben und die beteiligten sozialen Initiativen und Einrichtungen in ihrer Autonomie nicht begrenzt werden.

1260 Eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit wird in Kauf genommen, wenn Kommunen im Rahmen ihrer Sparpolitik dazu übergehen, nachts die Straßenlaternen abzuschalten. Derartige Maßnahmen, die in einzelnen Städten und Dörfern in Niedersachsen schon eingeleitet wurden, gefährden in besonderem Maße Frauen und Mädchen und werden schon deshalb auf den energischen Widerstand der LINKEN treffen.

1265 Ein ganz anderes Problem öffentlicher Sicherheit ist der Brand- und Katastrophenschutz. Die in diesem Bereich Tätigen verdienen Unterstützung durch die Kommunalpolitik und ausreichende Ausstattung mit technischem Gerät.

1270 **Verkehr heißt Grundrecht auf Mobilität**

1275 Verkehr geht alle an. Menschen müssen immer größere Entfernungen zur Arbeit, zur Ausbildung oder zu Freunden und Verwandten zurücklegen. Andererseits führt ein rasantes Verkehrswachstum zu immer größeren Umweltbelastungen. Verkehr bietet vielen Menschen Arbeit, sei es in der Produktion von Fahrzeugen, durch den Bau und den Betrieb der Verkehrswege oder im öffentlichen Verkehr. Verkehrspolitik bewegt sich in einem Spannungsfeld, in dem die oft widerstreitenden Interessen aufeinander treffen: Bürgerinnen und Bürger sind Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, vom Verkehr Belastete, aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Industrie und Verkehrsunternehmen.

1280 Es bleibt aber festzuhalten: Der motorisierte Individualverkehr führt zu anhaltender Belastung der Umwelt, einer Gefährdung des Klimas und zu unverhältnismäßig hohem Energieverbrauch. Notwendig

ist deshalb eine Verkehrswende, die den Anteil des öffentlichen Verkehrs erhöht, die Möglichkeiten des Fahrradverkehrs ausweitet und den Fußgängerinnen und Fußgängern ausreichend Bewegungsraum einräumt.

1285

DIE LINKE will, dass alle Menschen, selbstbestimmt und ohne auf die Hilfe anderer angewiesen sein zu müssen, mobil sein können. Das muss auch für die gelten, die kein Auto besitzen oder in ländlichen Regionen leben, unabhängig davon, ob sie arm oder reich sind.

1290

Mobilität ist für DIE LINKE ein Grundrecht und in modernen Gesellschaften unverzichtbar für die Teilnahme am öffentlichen und sozialen Leben. Mobilität ist nicht nur notwendig, um einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können, sondern auch eine wichtige Voraussetzung dafür, dass jeder Mensch die verschiedenen kulturellen Angebote und Freizeitmöglichkeiten wahrnehmen kann. DIE LINKE will diese Ziele mit einem wirksamen Klimaschutz verbinden.

1295

DIE LINKE will den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu einer echten Alternative zum Auto ausbauen. DIE LINKE bekämpft dabei jedoch nicht das Auto und auch nicht die Autofahrerinnen und die Autofahrer. Das Auto wird solange das am häufigsten genutzte Verkehrsmittel bleiben, wie der ÖPNV keine gute Alternative zum selbst genutzten Auto darstellt. Dies gilt insbesondere in ländlichen Regionen.

1300

DIE LINKE wird sich in den Kommunen für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik einsetzen. Das heißt:

1305

- Stadtplanung zur Verkehrsvermeidung, keine Straßenbauprestigeobjekte, Entwicklung von Raumordnungsprogrammen, die Zersiedlung stoppen.

- Strukturelle Mängel des ÖPNV sind zu beheben. Kreisstädte und vergleichbaren Mittelzentren sollen an das Schienennetz angebunden werden. ÖPNV ist durch Vorrangschaltungen, Grüne Welle, Bus- und Taxispuren sowie durch eine getrennte Trassenführung für Straßenbahnen zu bevorzugen.

1310

- Für eine Tarifgestaltung, die insgesamt deutlich unter dem bisherigen Niveau liegen muss und darüber hinaus Subventionen für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger vorsieht. Auch durch eine Erhöhung der Taktzahlen soll der ÖPNV attraktiver werden. Die tatsächlichen Wege der Menschen (Fahrten zur Arbeit, aber auch Besorgungen, Begleitung von Kindern uws.) müssen Eingang in die Fahrplangestaltung finden.

1315

- Der öffentliche Personenverkehr muss in öffentlichen Eigentumsformen bleiben bzw. gelangen.
- Auf dem Land ist ein attraktives öffentliches Nahverkehrssystem zu entwickeln, Einführung eines integralen Taktfahrplanes im Schienenverkehr, landesweit. Entwicklung von Nahverkehrsplänen in Landkreisen, Regionen und kreisfreien Städten, alternative Bedienungsformen wie Anrufsammeltaxen, Mini- und Rufbusse.

1320

- Für ein sicheres, engmaschiges Radwegenetz sowie die Förderung von „Bike&Ride“-Plätzen. An Knotenpunkten sollen überdachte Radabstellmöglichkeiten mit Servicestationen entstehen.

- Für ein komfortables, sicheres und geschlossenes Fußwegenetz die Attraktivität des Zufußgehens erhöhen. Fußgängerzonen sollen zu Fußgängerachsen erweitert und verknüpft werden. Viel frequentierte Bürgersteige sind zulasten des Parkraumes zu verbreitern. An Ampelanlagen brauchen wir ein Rundumgrün für Fußgängerinnen und Fußgänger.

1325

- Die Innenstädte sollen wir durch Autofreiheit für die Menschen und den Handel gleichermaßen attraktiver werden. Um individuelle Mobilität dennoch zu gewährleisten, sollten wir Mitfahrzentralen und Carsharing gefördert werden.
- 1330 ■ Stellplatzverordnungen dürfen nicht den Bau neuer Parkhäuser, sondern müssen dem Ausbau von Park&Ride, die Bereitstellung von Fahrradabstellanlagen und die Förderung des ÖPNV zum Ziel haben.
- 1335 ■ DIE LINKE will gegen die Kahlschlagpolitik der Deutschen Bahn AG vorgehen, die immer mehr Kommunen vom Bahnnetz abkoppelt. Kein Arbeitsplatzabbau im Bahnverkehr, keine Streckenstilllegungen, Schließung von Bahnhöfen etc.
- Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, Ausbau von Güterverkehrszentren.
- Unterstützung von Verkehrsinitiativen (z. B. VCD, ProBahn u. a.), die zu einer Verkehrswende beitragen wollen und Stärkung ihrer Rechte bei der Einbringung neuer Vorhaben
- 1340 ■ Nachtflugverbote und Einschränkungen für unfallträchtige Billigflieger und spritfressende Krachmacher.
- Kein naturzerstörender und hochwasserproduzierender Ausbau der Wasserwege, sondern bessere Ausnutzung der bestehenden Wasserwege und Schienennetze.

1345 **Alternative Energiepolitik – Widerstand gegen Preiserhöhungen der Konzerne**

Der Klimawandel und der nach wie vor steigende Verbrauch fossiler nur begrenzt verfügbarer Brennstoffe erfordert eine grundlegende Energiewende. Diese Umkehr in der Energiepolitik muss auch von den Kommunen energisch betrieben werden.

- 1350 Die dafür notwendigen Maßnahmen der Energiewende sind allerdings so zu gestalten, dass untere Einkommenschichten nicht zusätzlich mit Kosten belastet werden. Eine Steuerung des Energieverbrauchs allein über den Preis kann nicht funktionieren, weil so die notwendige Akzeptanz in allen Schichten der Bevölkerung nicht erzielt werden kann. Die Energiewende muss ökologisch und sozial zugleich sein!
- 1355

- 1360 Die von den Energiekonzernen in den letzten Jahren erzwungenen Preiserhöhungen für Gas und Strom belasten Millionen Haushalte und die mittelständische Wirtschaft. Sie entziehen dem Binnenmarkt Kaufkraft und vernichten somit Arbeitsplätze. DIE LINKE will die Energiewirtschaft vergesellschaften, weil so am besten soziale und ökologische Ziele umgesetzt werden können. Als Rechtsträger bieten sich hierfür die Kommunen in der Form von Stadtwerken oder kommunale Zweckverbände an, in denen sich mehrere Gemeinden oder Städte zusammengeschlossen haben.

- 1365 In den nächsten Jahren laufen in den meisten Kommunen die bestehenden Konzessionsverträge aus, durch die Energieunternehmen die Durchleitungsrechte für Gas oder Strom erhalten haben. Die damit verbundenen Monopolstellungen wurden in den letzten Jahren schamlos zulasten der Verbraucher ausgenutzt.

- 1370 Jetzt besteht für die Kommunen die einmalige Chance, nach der gesetzlich vorgeschriebenen Neuausschreibung der Konzessionen die Energieunternehmen zu einer Energiepolitik zu verpflichten, die auf erneuerbare Energien setzt und zugleich verbraucherfreundliche Tarife festlegt.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Wärme, Licht und elektrischer Energie ist eine originäre Aufgabe

- 1375 der kommunalen Daseinsvorsorge. Deshalb dürfen Stadtwerke oder kommunale Energieversorger weder ganz noch teilweise privatisiert werden.
- DIE LINKE setzt auf Energieeinsparung, Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger, nachhaltige Technologien und eine möglichst dezentrale Energiegewinnung und -versorgung.
- 1380 Für eine zukunftsgerechte Energiepolitik ist die Atomenergie völlig ungeeignet. DIE LINKE will den Ausstieg aus der Atomenergie. Diese Form der Energieerzeugung ist gefährlich und im Hinblick auf die ungelösten Endlagerprobleme für kommende Generationen unverantwortlich. Die radioaktive Kontamination des Salzbergwerkes Asse II in Niedersachsen hat bewiesen, dass Salzstöcke wie z. B. das als Atomklo Deutschlands geplante Endlager Gorleben für die dauerhafte Lagerung von Atommüll ungeeignet sind.
- 1385 Daher muss in den Stadtwerken und bei den Energieversorgern mit kommunaler Einflussmöglichkeit die Nutzung von Strom aus Atomenergie politisch ausgeschlossen werden, wie es zum Beispiel in der Landeshauptstadt Hannover gelungen ist.
- 1390 Für Kommunen, die entlang der Castor-Transportstrecke liegen, müssen die Veröffentlichung von Katastrophenplänen gefordert werden, um so die Bevölkerung über ihre Gefährdung durch diese Transporte zu informieren.
- 1395 DIE LINKE fordert ein kommunales Energiekonzept:
- 1400 ■ Kommunale Gebäude, Schulen, Verwaltungsgebäude oder Sportanlagen sowie die Gebäude kommunaler Wohnungsbaugesellschaften sollen eine Vorreiterrolle bei Energiesparmaßnahmen spielen und für Fotovoltaik-Anlagen genutzt werden. Entwicklung und Bau von Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung als Blockheizkraftwerken sowie Anlagen zur Nutzung der Erdwärme müssen unterstützt und gefördert werden. Die Nahwärmenutzung ist auszubauen. Gerade bei der Ausweisung von neuen Wohngebieten ist die Errichtung zugehöriger Blockheizkraftwerke von vornherein mit einzuplanen. Mit der Energie aus Biogasanlagen (gerade im ländlichen Raum) soll den Anteil regenerativer Energien weiter vergrößert werden.
- 1405 ■ Einnahmen durch Energieeinsparungen in öffentlichen Gebäuden sind für weitere Energieeinsparungsmaßnahmen einzusetzen (Intracting). Konzepte, private Firmen durch Gelder aus Energieeinsparungen für Tätigkeiten in diesem Bereich zu beauftragen (Contracting), sind abzulehnen, weil diese Firmen sich erfahrungsgemäß nur die "Rosinen" aus dem Energieeinsparpotenzial herauspicken, um ihren Gewinn zu erhöhen.
- 1410 ■ Die Nutzung erneuerbarer Energien, wie Wind - auch in Offshore-Windparks - und Solarenergie, Sonnenkollektoren zur Warmwassergewinnung, Biomasse als Energieträger, von Biogasanlagen oder Holzsnitzelkraftwerken soll dezentral, ökologisch verträglich und im Einklang mit den Belangen der Bevölkerung ausgebaut werden. Wer die Abhängigkeit der Kommunen von den großen Atomstromkonzernen vermindern will, darf auf solche Anlagen heute nicht mehr verzichten.
- 1415 ■ Aufnahme energetischer Standards bzgl. Wärmedämmung, effektiver Heizungssysteme und Möglichkeiten alternativer Energienutzung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen. Allein eine baurechtliche Vorgabe, dass Dachflächen nach Süden auszurichten sind, würde die Möglichkeiten für Fotovoltaikzellen und solare Wärmegegewinnungsanlagen verbessern.
- 1420 ■ Einrichtung einer kommunalen Energieberatungsagentur. Hier erhalten Privathaushalte kompetente Beratung über die Möglichkeiten der Energieeinsparung - z. B. Energiepass für Gebäude - sowie effektive Heizungssysteme beraten. Derartige Beratungen könnten auch in Kooperation

mit den Verbraucherzentralen erfolgen.

- 1425 ■ Übertragung der kommunalen Durchleitungsrechte an Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände. Wenn bislang die Energieversorgung über privatwirtschaftlich organisierte Energielieferanten organisiert ist, ist auch die Gründung neuer Stadtwerke oder kommunaler Zweckverbände anzustreben. Im Gegensatz zu den Energiekonzernen ist es nämlich nicht die Aufgabe der kommunalen Energieversorgung so viel Energie wie möglich zu verkaufen, sondern vielmehr den Wärme- und Elektrizitätsbedarf der Menschen in den angehörigen Kommunen zu vertretbaren Preisen für die Endverbraucher optimal abzudecken.
- 1430 ■ Für den Energieverbrauch sind Sozialtarife einzuführen. Dies wäre z. B. in der Form möglich, dass die Grundversorgung mit Energie zu einem niedrigen Tarif erfolgt, ab einer bestimmten Grenze der darüber hinausgehende Energieverbrauch aber nach einem höheren Tarif berechnet wird. Dadurch würden unverhältnismäßig große Wohnungen und Haushalte mit besonders verschwenderischem Energieverbrauch höher belastet.

1435

Ökologisch-soziale Entwicklung in unseren Kommunen

Wasser, Abwasser, Abfall - vor Privatisierung schützen - rekommunalisieren

1440

Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallpolitik sind wichtige kommunale Handlungsfelder. Hier liegen die Stellschrauben für einen wirksamen Umweltschutz, für sozial verantwortbare Gebühren und öffentliche Beschäftigung. Diese Aufgabenfelder der gemeindlichen Daseinsvorsorge dürfen nicht privaten Profitinteressen ausgeliefert werden.

1445

Trinkwasser darf nicht zu einem Handelsgut gemacht werden, das von Energiemultis als Ware eingesetzt wird. Die Trinkwasserversorgung soll nur durch öffentliche Unternehmen oder Eigenbetrieben der Gemeinden und Landkreise erfolgen. Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass Trinkwasser zu sozial vernünftigen Preisen und guter Qualität dauerhaft zur Verfügung steht.

1450

Kanalisationen scheinen nicht nur Abwässer sondern auch bares Geld zu transportieren. Sonst wäre es kaum zu erklären, warum die Kommunen von verschiedenen Konzernen mit Angeboten überzogen werden, diese Abwassernetze und die Kläranlagen zu übernehmen. Abwasserbeseitigung muss eine gemeindliche Aufgabe bleiben und darf nicht ausverkauft werden. Wir fordern, im ländlichen Raum, auf den Bau großräumiger Kanalnetze und überdimensionierter Kläranlagen zu verzichten. Hier sind den jüngsten Erkenntnissen entsprechende Filterbecken zu ermöglichen, die ökologisch mindestens gleichwertig sind und die vor unnötigen Gebührenexplosionen schützen.

1455

Die Müllverbrennung ist keine geeignete Entsorgungslösung in der Abfallwirtschaft. Wir treten für umweltfreundlichere und ökologisch sinnvollere dezentrale Entsorgungslösungen ein. So können z. B. mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen den Restabfall sinnvoller entschärfen und eine stoffstromspezifische Entsorgung ermöglichen. Dies schont sowohl die Umwelt als auch den Geldbeutel der Haushalte. Auch die Abfallwirtschaft muss in öffentlichen Betrieben gehalten werden, da nur so eine demokratisch kontrollierbare Steuerung erreicht werden kann. Abfall vermeiden lohnt sich in den Kommunen nur, wenn nicht gierige Müllverbrennungsanlagen gefüttert werden müssen.

1460

1465

Die Initiativen von vielen Kommunen ihre früher privatisierte Abfallwirtschaft zu rekommunalisieren, wird von DER LINKEN unterstützt. Mit einer kommunalen Wertstofftonne soll den Kommunen ermög-

1470 licht werden, auch im Abfallbereich Geld zu verdienen, um damit die Müllgebühren für die Bevölkerung stabil zu halten oder sogar senken zu können.

Naturschutz

1475 Naturschutz ist kein Luxus, den wir uns nur zu Schönwetterzeiten leisten können. Wenn wir nicht die Lebensgrundlagen zerstören wollen, die nachfolgende Generationen benötigen, brauchen wir auch einen wirksamen Naturschutz. Im kommunalen Bereich sehen wir dazu eine Vielzahl von Handlungsmöglichkeiten. So müssen mehr Flächen aus der Nutzung genommen und unter Naturschutz gestellt werden. Biotopnetze müssen stärker vernetzt werden. Einem rücksichtslosen Abbau von Kies, Naturgips, Torf und anderen Rohstoffen ist entgegen zu treten.

1480 Ehrenamtliches Engagement im Umweltschutz ist im größeren Maß kommunal auch finanziell zu unterstützen. Hier existiert in der Regel mehr Sachverstand als in den Kommunalverwaltungen selbst. Dieser muss für eine zukunftsfähige nachhaltige Entwicklung genutzt werden. Eine Möglichkeit hierfür bietet die kommunale Agenda 21. Jede Kommune sollte Agendabeauftragte bereitstellen, die vor allem vorhandene Gruppen unterstützen und den Prozess immer wieder neu beleben.

Kommunale Kulturpolitik

1490 Kultur ist kein Luxus, sondern ein Stück Lebensqualität, eine systematisierte Art, Lebensgewohnheiten zu pflegen. Die Herrschenden haben den Beherrschten oft das Eigenständige an Kulturen abgesprochen. Selbst die vitalsten gewerkschaftlichen Kulturtraditionen wurden stets von den Feinden der Demokratie als überflüssig, verstaubt und betongrau abgetan und zum Abschuss freigegeben. Sie gehören gleichwohl zu den frechsten und aufreizendsten Kulturleistungen, denen in einer Kommune qualitativ mehr an materiellem Zuspruch gebührt, als altkaiserlichen Weltkriegsritualen.

1495 Um vorhandene Kulturen muss vor allem gerungen werden, um das Demokratische auszubauen. Die Linke fördert die unterdrückten und kleineren Kulturen, besonders die der Arbeiterbewegung, der Umwelt- und Anti-Atom-Bewegungen, der Regionen und Stadtteile und viele andere kulturelle Traditionen mit sich fremd anfühlenden Herkünften. Aufgabe der Kommune ist es, die Vielfältigkeit von kulturellen Ausdrucksformen zu unterstützen und zu fördern.

1500 Die Kommune hat die Verantwortung dafür, dass Kulturgenuß erschwinglich ist. Die Kulturpolitik in den Kommunen muss veränderten Lebenswelten und Sozialstrukturen sowie dem demografischen Wandel gerecht werden.

1510 Aufgabe einer Kommune ist es, die Vielfältigkeit von kulturellen Ausdrucksformen zu unterstützen und zu fördern. Dies gilt vor allem auch hinsichtlich der Verschiedenartigkeit der Träger. Es gilt, Räume für öffentlichen Diskurs und die Erprobung neuer Ideen zu schaffen. Eine lebendige Kulturszene ist auch ein Ausdruck für eine lebendige Kommune.

1515 Zukunftsfähige Kulturpolitik bedeutet neben Erhalt und Ausbau vorhandener kultureller Einrichtungen auch die Förderung neuer Kulturformen (z. B. Medienkunst) da diese aus einem modernen Leben nicht mehr wegzudenken sind.

1520 Die etablierte Kulturpolitik fördert jedoch häufig einseitig das vorgeblich Repräsentative, das äußerliche Prestige und auch jenen superreichen Glamour, der gar keine Steuergelder für sein Wichtigtuen mehr benötigt. Die Herrschenden behaupten: solcherlei Prestige-Investitionen lockten Investoren, Spekulanten und Wirtschaftsansiedlung herbei und binde sie in der Stadt. Für alternative Kulturprojekte und unterdrückte Kulturansätze, für kritische Künstlerinnen und Künstler, für Straßentheater und kulturelle Belebung abgekoppelter Stadtteile bleibt dann oft viel zu wenig Geld übrig. Als Folge zwingt die Finanznot viele Kulturträger dann, der Verlockung des "Sponsorings" nachzugeben, damit die kulturelle Unabhängigkeit aufzugeben und zum Werbeträger zu werden.

1525 DIE LINKE sagt: Kultur darf nicht dem marktwirtschaftlichem Prinzip untergeordnet werden.

Wir fordern deshalb:

- Erhalt und Ausbau vorhandener kultureller Einrichtungen und Pflege des kulturellen Erbes

1530 Jede Kommune sollte ihr kollektives Gedächtnis erhalten und durch neue Denkanstöße lokale und regionale Identitäten stärken: Museen, Büchereien, Archive, Theater, Musikschulen, Kunstschulen etc. sind zu erhalten und auszubauen. Es ist widersinnig, Einrichtungen, in die bereits investiert wurde, durch Streichung von Mitteln zum Aufgeben zu zwingen.

- Förderung der Basiskultur

1535 Kultur muss zu den Menschen gebracht werden. Daraus folgt die Notwendigkeit der Förderung von soziokulturellen Einrichtungen in den einzelnen Stadtteilen, um den Menschen in ihrem unmittelbaren Wohnbereich den Zugang zur Kultur zu ermöglichen. Veranstaltungsorte müssen erhalten werden.

1540 Dies gilt insbesondere für die Stadtteilbüchereien, die häufig von Schließungen bedroht sind. Gerade die Förderung des Lesens im Ausgleich zu modernen Medien sollte einen großen Stellenwert haben. Das bedeutet aber auch, dass in den Büchereien und Museen geschultes Personal vorhanden sein muss.

1545 Eine Kultur der Vielfalt muss Kulturangebote und aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Bedürfnisse, Lern- und Lebensphasen und für alle sozialen Milieus bereithalten. Kulturelle Bildung soll Orientierungswissen, Schlüsselkompetenzen wie soziale Kommunikationsfähigkeit, Reflexions- und Kritikfähigkeiten entwickeln.

Die wichtige Arbeit von freien Theater-, Musik- und Filmgruppen sollte unterstützt werden.

1550 **Demokratische Kultur**

1555 Die demokratische Kultur steht in der Tradition der Aufklärung und der französischen Revolution, ist den grundlegenden Wertentscheidungen des Grundgesetzes verpflichtet, den Freiheitsrechten, der Demokratie, dem Rechtsstaat, Frieden und Sozialstaat: In diesem Sinne ist Kreativität, Fantasie, Toleranz und Innovation zur Entfaltung zu bringen. Um ein vielfältiges Kulturangebot zu gewährleisten, ist es notwendig, Investitionen in Kultur durch die Kommune als Investitionen in die Zukunft zu verstehen und nicht als „freiwillige Leistung“, die auch wegfallen kann. Kulturelle Einrichtungen dürfen deshalb nicht unter den Zwang gestellt werden, sich finanziell selbst tragen zu müssen. Wichtig ist dabei, dass sich die Kulturträger im intransparenten Geflecht von örtlichen, regionalen und überregionalen Fördermöglichkeiten nicht verlieren, sondern von der Idee bis zum Förderentscheid Unterstützung erhalten.

1560 Der Zugang zu Kulturen muss dabei allen offen stehen und in Form von erschwinglichen Preisen auch für den schmalen Geldbeutel zu leisten sein. Ämter und Behörden haben kulturellen Initiativen und

1565 Vereinen unbürokratisch zu helfen und sie nicht mit immer neuen Überregularien zu ersticken. Es ist überall zu prüfen, ob gerade auch (noch) professionelle Kulturschaffende neuartige kommunale Lern- und Auftrittsmöglichkeiten (z. B. Liedermacherschulen, Lyrik-Laboratorien, Videoanimation usw.) erhalten.

1570 Wir wollen in jeder größeren Gemeinde einen Kultur-Braintrust bilden, der den Schauspielerinnen und Schauspielern, Dichterinnen und Dichtern, Bands und Bildhauerinnen und Bildhauern offensteht und das Kulturamt berät.

1575 Kommunale Kulturabgabe: Wir werden in jeder einzelnen Kommune prüfen, ob es vor Ort sinnvoll ist, eine Kulturabgabe auf Hotelübernachtungen einzuführen, wie es beispielsweise in Köln und Weimar praktiziert wird. Die geschäftliche Existenz der Hotelbetreiber darf dabei selbstverständlich nicht aufs Spiel gesetzt werden. Mit einer verbesserten Kulturförderung und somit einem attraktiveren Angebot steigt jedoch auch die Attraktivität der Kommune, wovon wiederum die Hotels profitieren. Eine geringe, an die Kultussubventionierung gebundene Abgabe auf Hotelübernachtungen kann daher für so manche Kommune ein Gewinn sein.

1580

Kommunale Bildungspolitik

1585 Bildung ist für DIE LINKE eine wichtige Grundvoraussetzung für die die Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens sowie für eine lebendige und solidarische Gemeinschaft, in der die Menschen mit gegenseitigem Respekt und Solidarität an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben und sich kreativ-kritisch einmischen können. Bildung öffnet Türen für die persönliche Entwicklung und im Berufsleben. Daher ist DIE LINKE überzeugt davon, dass allen Kindern und Erwachsenen unabhängig von ihrer örtlichen und sozialen Herkunft der Zugang zu Bildung gleichermaßen frei und möglichst wohnortnah zugänglich gemacht werden muss.

1590

1595 Derzeit bestimmen die Dicke des Geldbeutels und der Geburtsort erheblich die Bildungschancen in Niedersachsen. Selbst bei gleicher schulischer Leistung ist die Chance für ein Kind aus einem Akademiker-Haushalt 5,8-mal so groß auf ein Gymnasium zu gehen wie für ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Als Resultat finden wir an Gymnasien nur 4,4 % Kinder aus Hartz-IV-Familien, während ihr Anteil an Hauptschulen 28,1 % und an Förderschulen sogar 43,8 % beträgt. In keinem anderen Bundesland werden so viele Kinder (93,7 %) mit besonderem Förderbedarf auf die Förderschulen abgeschoben und damit aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Zudem sind die Abiturquoten in ländlichen Gegenden erheblich niedriger als in Städten.

1600 DIE LINKE streitet für längeres gemeinsames, wohnortnahes und kostenfreies Lernen aller Kinder in Niedersachsen und wehrt sich gegen jede elitäre Abschottung und Bevorzugung der reichen Bevölkerungsschichten. Daher setzen wir uns in den Kommunen in der Schulpolitik dafür ein, dass

1605 ■ alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Integrierte Gesamtschulen zu gründen und gleichzeitig Druck auf die Landesebene ausgeübt wird, um die absurd hohen Hürden für deren Errichtung zu senken und alle Kooperationsformen von Schulen zu unterstützen, mit denen das dreigliedrige Schulsystem mit seinen selektiven Wirkungen untergraben wird;

1610 ■ der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung zur Regel wird („inklusive Unterricht“), und zwar mit einer personellen, räumlichen und zeitlichen Ausstattung, durch die der individuelle Förderungsbedarf der Kinder uneingeschränkt erfüllt werden kann;

- es eine kostenfreie und warme Mittagsverpflegung an den Schulen gibt;
 - ein Sachmittelfonds für finanziell benachteiligte Familien vorhanden ist, aus dem die zusätzlichen Schulausgaben bestritten werden können. Die Hartz-IV-Regelsätze sind vollkommen unzureichend, Familien knapp über der Bemessungsgrenze brauchen ebenso Hilfe, um Kopierkosten, Schulranzen, Turnschuhe usw. bezahlen zu können;
- 1615
- die Schülerbeförderung auch nach der Sek I kostenfrei ist;
 - es eine bedarfsorientierte Anzahl an Schulsozialarbeitern in sicheren Beschäftigungsverhältnissen an allen Schulformen gibt;
- 1620
- das Angebot an Ganztagschulen ausgebaut wird, in denen der Unterricht sinnvoll über den Tag so verteilt wird, dass auch Hausgaben in der Schule gemacht werden können. Freizeit wird erst dann zu wirklicher Frei-Zeit.

Die Sanierung von Schulgebäuden muss auch nach dem Auslaufen der Fördermittel aus dem Konjunkturpaket vorrangig behandelt werden, die Schulwege müssen schülerfreundlich ausgestattet sein durch Tempo-30-Zonen, Fußgängerüberwege und klar erkennbaren Radfahrspuren.

1625

Wir treten dafür ein, dass die Ausstattung der Schulen auf den neusten Stand gebracht wird, nicht zuletzt auch im Bereich der modernen Kommunikationsmittel, denn nur so kann eine gute Bildung und Ausbildung gewährleistet werden, die auf der Höhe der Zeit der gesellschaftlichen Entwicklung ist.

1630

Ebenso müssen die Beschäftigungsbedingungen stimmen. DIE LINKE lehnt den Einsatz von 1-Euro-Kräften an Schulen ebenso ab wie die Beschäftigung von reinen Betreuungskräften, die zwar pädagogische Arbeit leisten nicht aber wie Lehrerinnen und Lehrer bezahlt werden.

1635

Alarmierend ist das Vordringen privater Finanziere im Bildungsbereich. Bildung ist eine öffentliche Aufgabe und muss zu kritischem Nachdenken und Infragestellen der Bedingungen, unter denen wir leben, befähigen. Die Öffnung von Schulen für wirtschaftliches Gewinnstreben oder PPP-Projekte ist mit der LINKEN daher nicht zu machen. Schule und Bildung dürfen auf keinen Fall durch „Sponsoring“ kommerziellen Gesichtspunkten unterworfen werden, sondern müssen unabhängig bleiben. Eine Zusammenarbeit von Wirtschaft und Schule kann für DIE LINKE nur in Betracht kommen, soweit sie dem Bildungsauftrag der Schule dient. In diesem Rahmen ist sie auch sinnvoll, um die Bildungsinhalte mit der beruflichen Wirklichkeit in Beziehung zu setzen.

1640

Die Eigenbudgetierung von Schulen hat meist dazu geführt, dass Verwaltungsaufgaben durch pädagogisches Personal erledigt werden müssen, weil entsprechende Verwaltungsstellen nicht zur Verfügung stehen. Hier sind die Kommunen in der Pflicht, ausreichend Personal für Schulassistenten, Verwaltungskräften und Hausmeistern zur bereitzustellen.

1645

In einer lebendigen Kommune ist die Schule keine losgelöste Insel, sondern ist integriert in ein Gesamtkonzept, in dem die Jugendlichen ausreichend Freizeitangebote und Unterstützungsmöglichkeiten finden, sich ausprobieren und in Berufsfelder hinein schnuppern können. Gleichzeitig muss die regionale Wirtschaft dazu angehalten werden, eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Ebenso muss das Angebot von ausschließlich schulischen Ausbildungsgängen bedarfsgerecht organisiert werden.

1650

Die Fort- und Weiterbildung unterliegt vorwiegend den Kräften des freien Marktes mit der Konsequenz, dass zahlreiche Menschen nicht die finanziellen Möglichkeiten haben, diese Angebote in Anspruch zu nehmen, um sich entweder berufsorientiert oder „zweckfrei“ weiterentwickeln zu können.

1655

1660 DIE LINKE vertritt den Grundsatz, dass Bildung von der KiTa bis zur Weiterbildung kostenfrei sein soll. In den Kommunen setzen wir uns daher dafür ein, dass öffentliche Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen ausreichend gefördert werden und auch hier keine unwürdigen Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Ebenso müssen örtliche Bibliotheken und Kultureinrichtungen gestärkt werden und durch spezielle Tarife auch für finanziell Schwache attraktiv und erschwinglich sein.

1665

Gewährung von Chancengleichheit muss früh beginnen - in Krippen und Kitas

1670 Die ersten Lebensjahre sind besonders wichtig für die Ausbildung von kognitiven und emotionalen Fähigkeiten eines jeden Menschen. Deshalb haben die Kinder ab dem frühen Lebensalter ein Recht auf emotionale Zuwendung und altersgerechte Anreize für die Entwicklung der in ihnen liegenden Fähigkeiten.

1675 DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Kommunen mit einem flächendeckenden Angebot an Kitas die Voraussetzung dafür schaffen, das Kindern dieses Recht gewährt werden kann, und dass sie unabhängig vom Geldbeutel oder dem Wunsch der Eltern – vor allem auch der Frauen – berufstätig zu sein, eine bestmögliche und altersgerechte individuelle Unterstützung erfahren. Die Entscheidung für ein Kind darf sich weder für Frauen oder Männer als Hindernis für die berufliche Entwicklung auswirken. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen derart ausgeformt sein, dass ein Kind kein Verarmungsrisiko darstellt.

1680

Daher setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass ein kostenfreies Angebot von ganztägigen Kita-Plätzen zügig ausgebaut wird. Dies schließt vor allem auch Kinderkrippen ein.

1685 Für DIE LINKE sind Kitas aber keineswegs Verwahranstalten für berufstätige Eltern, sondern sie haben als kindgerechte Bildungsstätten ihren eigenen Wert für die Entwicklung der Kinder. Sie sind der Ort, an dem sie sprachliche und soziale Kompetenzen im Zusammensein mit anderen Kindern schon früh entwickeln können. Erziehungswissenschaftler weisen angesichts der massiven Benachteiligungen von Kindern mit unzureichender Kompetenz in der deutschen Sprache für ihre Schullaufbahn darauf hin, dass der Erwerb der deutschen Sprache schon in Krippe und Kindergarten beginnen muss und nicht – wie es jetzige Praxis ist – erst in verpflichtenden Sprachkursen ein Jahr vor der Grundschule. Kostenfreiheit und flächendeckende Angebote sind wichtige Voraussetzungen, um Vorbehalte von Eltern, ihre Kinder in die Obhut von Kitas zu geben, zu entkräften.

1690

1695 Dabei sind die Anforderungen an die Kindertagesstätten enorm: Sie sollen sich bedarfsgerecht auf heterogene Familienstrukturen, kulturelle Diversität der Familien und flexible Arbeitszeiten einstellen und dabei die Kinder nicht nur betreuen, sondern ihnen ein entwicklungsförderndes Umfeld bieten. Sie sollen zudem die Eltern unterstützen und fördern sowie die Kooperation zu anderen Bildungseinrichtungen – wie etwa der Grundschule – pflegen.

1700 Der Krippenbereich ist in Niedersachsen unterentwickelt. Landesweit steht nur für jedes achte Kleinkind ein Krippenplatz zur Verfügung, die drei Landkreise mit der bundesweit niedrigsten Quote an Krippenplätzen kommen aus Niedersachsen. Gegen diesen Missstand wird DIE LINKE ankämpfen. Ein Versorgungsgrad mit Kinderkrippen wie in den ostdeutschen Ländern zu erreichen, wäre schon ein wichtiger Schritt auf dem Weg für ein kostenfreies und hochwertiges Kita-Angebot.

1705

Kommunale Sportpolitik

- 1710 Sport ist Ausdruck der Selbstverwirklichung der Menschen ein und bedeutet neben Erhaltung und Festigung der Gesundheit auch spielerisch nach besserer Leistungsfähigkeit zu streben und Geselligkeit mit anderen zu pflegen. Sport fördert Sozialkompetenzen und ist Bestandteil einer ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit.
- 1715 Wir verfolgen das Ziel, das Sporttreiben für alle, die es wünschen, zu ermöglichen und jede Diskriminierung auszuschließen. Mit der Losung "Sport für alle" meinen wir, dass sportliche Angebote für Menschen aller Generationen, gleichberechtigt für alle Geschlechter und für Menschen mit und ohne Behinderungen bereitstehen müssen. Eine besondere Aufgabe besteht auch darin, Menschen mit Migrationshintergrund über sportliche Aktivitäten zu integrieren. Möglichkeiten zum Sport treiben dürfen nicht durch übermäßig hohe finanzielle Hürden für die Menschen verschlossen werden, die über geringes Einkommen verfügen.
- 1720 Die Organisierung der Gelegenheiten für sportliche Aktivitäten ist eine Aufgabe des Gemeinwohls, die durch die Kommune wahrzunehmen ist und nicht privatisiert werden darf. Eine besondere Bedeutung messen wir dem Freizeit- und Breitensport sowie dem Kinder- und Jugendsport bei. Kinder müssen in frühem Alter schwimmen lernen. Die Gelegenheit dazu darf nicht zu übermäßigen finanziellen Belastungen führen und damit zu einer sozialen Schranke werden.
- 1725 Sport macht schon für sich Spaß, schließt aber auch das Streben nach Leistungen ein. Wir unterstützen deshalb das Streben nach Selbstverwirklichung und Entfaltung des sportlichen Talents. Der Spitzensport hat auch eine motivierende Funktion für den Breiten- und Freizeitsport. Förderung des Spitzensportes ist Bundes- und Länderangelegenheit.
- 1730 Kommunalpolitisch kommt es darauf an, die begrenzten Mittel für die Förderung des Kinder-, Jugend-, und Breitensportes zu verwenden und nicht zuzulassen, dass Vereine, die im Profisport aktiv sind, gegenüber anderen Vereinen bevorzugt werden. Diese Gefahr besteht, wenn Kommunalpolitiker meinen, mit der besonderen Förderung des Profisports etwas für das "Image" der Stadt tun zu müssen und dies dann als "Stadtmarketing" verkaufen.
- 1735 Wir fordern
- in Zusammenarbeit mit den örtlichen gemeinnützigen Sportvereinen einen Sportstättenentwicklungsplan aufzustellen, vorhandene Sportflächen und -stätten (einschließlich der Schwimmbäder) zu erhalten, weiterzuentwickeln und auszubauen,
- 1745
- zweckentfremdete Nutzung oder Privatisierung von kommunalen Spielplätzen, Sportflächen, Sporthallen und Schwimmbädern zu verhindern,
 - eine bedarfsgerechte Verfügbarkeit sowie vielfältige und flexible Nutzung der Sportstätten zu ermöglichen,
- 1750
- Sportvereine, -gruppen, und -initiativen, insbesondere mit einem hohen Anteil von Kindern, Jugendlichen und/oder sozial schwachen Mitgliedern, kontinuierlich finanziell zu fördern und die vielen Übungsleiter zu unterstützen, die Woche für Woche Jungen und Mädchen trainieren und zu Wettkämpfen begleiten,
 - Barrieren im Sport abzubauen und besonders den Behindertensport zu fördern,

- 1755 ■ im Rahmen eines Sozialpasses Erwerbslosen und Menschen mit geringem Einkommen sportliche Aktivitäten gegen geringes Entgelt zu ermöglichen, z. B. Vereinsbeiträge zu bezuschussen.

Familien- und Jugendpolitik

1760 Kinder haben Rechte

- 1765 Die Zahl der Kinder, die in Armut aufwachsen, ist gestiegen. Diese Kinder spüren dies, weil sie im alltäglichen Leben ihre Lebensbedingungen mit denen ihrer Spielgefährten ständig vergleichen. Wenn Eltern z. B. einen Sportverein nicht bezahlen können, führt dies zur Erfahrung der sozialen Diskriminierung schon im frühesten Alter. Die gegenteilige Erfahrung von Privilegierung durch Herkunft gefährdet die soziale Entwicklung und fördert Elitedenken.

- 1770 DIE LINKE stellt fest: Kinder brauchen unabhängig vom Einkommen der Eltern gleiche Entwicklungschancen und Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Aber Kindergeld und Freibeträge sind immer noch viel zu niedrig, um wenigstens das Existenzminimum zu sichern.

- 1775 Der Landtag hat mit der CDU-FDP-Mehrheit das niedersächsische Spielplatzgesetz, das ein Recht auf einen Spielplatz innerhalb einer Entfernung von 400 Metern vorsah, abgeschafft. DIE LINKE wird sich in den Kommunen dafür einsetzen, dass dessen ursprünglicher Inhalt bei den Planungsentscheidungen Berücksichtigung findet.

- 1780 Kinder haben auch das Recht auf Schutz vor missbräuchlicher Gewalt, auch gegenüber den Eltern. Soziale Not, Schicksalsschläge und Familienkonflikte entladen sich mitunter auch in Gewalt, was bis zu Kindesmisshandlungen führen kann. Dies ist aber auch Ausdruck der herrschenden sozialen Brutalität in der Gesellschaft, in der u. a. die Eltern/-Teile allein gelassen werden bei der Entwicklung ihrer Kinder und diese zur ihrer Privatsache erklärt werden.

- 1785 DIE LINKE setzt sich für eine Qualifizierung der Arbeit der Jugendämter und für ihre bessere personelle Ausstattung ein.

- 1790 Die Jugendämter der Kommunen sollten verstärkt darum bemüht sein, den Erziehungsberechtigten, die Möglichkeiten der „Hilfe zur Erziehung“ nahezubringen. Die Kommunen sind verpflichtet alle Möglichkeiten des Kinder-, und Jugendhilfegesetz (KJHG) auszuschöpfen. Schwerpunkt sollte auf niedrigschwelligen Angeboten liegen wie Erziehungsberatung, soziale Gruppenarbeit und der ambulanten Hilfen.

Die Arbeit der Kinderschutzvereinigungen ist zu unterstützen.

1795 Jugendpolitik

- Die Sparpolitik einiger Kommunen bedroht bestehende Jugendfreizeitstätten oder verhindert deren Einrichtung, wo sie dringend gebraucht würden.

- 1800 Trotz „Ausbildungspakt“ besteht nach wie vor Mangel an Ausbildungsplätzen und ein hoher Stand der Jugendarbeitslosigkeit.

1805 Versuche, das Interesse der Jugend an der Kommunalpolitik durch die Bildung von Jugendparlamenten zu fördern, sind vielfach gescheitert, weil das formalisierte und teilweise auch bürokratische Verfahren dieser Einrichtungen für Jugendliche fremd ist und die fehlende Entscheidungskompetenz Jugendliche nicht anspricht. Statt dessen ist es angebrachter, ergebnisorientierte projektbezogene Beteiligungsformen zu suchen, in denen Jugendliche ihre unmittelbaren Interessen angesprochen finden.

1810 DIE LINKE fordert:

- Erhöhung der Ausbildungsplätze innerhalb der Verwaltung und in den von der Kommune beeinflussbaren Unternehmen.
- Ausbildung muss Richtlinie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden.
- Ausbau selbst verwalteter Jugendzentren, Ausstattung mit Computern und Internet-Zugang.

1815 ■ Förderung der Jugendkultur (geeignete Flächen für Sprayer, Plätze für Skater, Übungsräume für Rock-Musik).

- In Jugendzentren angemessene Freizeitangebote, die der Benachteiligung von Mädchen entgegenwirken.

1820

Integrationspolitik und Städtepartnerschaften

1825 Die Vielfalt von Teilkulturen und ihre Begegnung müssen als Bereicherung begriffen werden. Ein wesentlicher Bestandteil städtischer Kulturpolitik ist daher auch die Kulturarbeit der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Hierzu zählt auch die Schaffung kultureller Begegnungsstätten als Treffpunkt für Menschen unterschiedlichster Herkunft, als Teil des Integrationsangebotes und interkulturellen Austauschs in einer Stadt.

1830 Städtepartnerschaften sind zu pflegen und auszubauen. Sie sollen in erster Linie Anlässe für die Begegnung und den Austausch der Einwohner der beteiligten Kommunen geben und nicht als repräsentative Honoratiorentreffpunkte ausgestaltet werden.

1835 Förderung des Zuganges aller Menschen, jeden Alters zu den neuen Informations- und Kommunikationsmedien: Die Neuen Medien müssen ohne kulturpessimistischen Ansatz in ihren Möglichkeiten, natürlich aber auch in ihren Gefahren gesehen werden. Dazu ist die Vermittlung von Medienkompetenz heute unerlässlich. Hier leisten Kulturträger, die sich der Medienkunst widmen, einen großen Anteil und müssen Unterstützung erfahren. In der Kommune muss es ausreichende Angebote geben, um den bewussten Umgang mit dem Internet zu erlernen. Gleichzeitig müssen die Jugendeinrichtungen, Freizeitzentren oder Büchereien allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit anbieten, die Möglichkeiten der Neuen Medien zu nutzen. Wer sich zu Hause keinen Computer leisten kann, darf nicht abgekoppelt werden.

1845 Medienvielfalt stärken: In den meisten Städten und Landkreisen Niedersachsens gibt es nur noch eine Tageszeitung. Deren Herausgeber gewinnen durch ihre Monopolstellung eine ungeheure Machtfülle bei der Meinungsbildung. Wir unterstützen deshalb alle Projekte, die geeignet sind, dieses Monopol zu brechen. Eine besondere Bedeutung haben dabei die in Niedersachsen bisher nur als Modellversuche eingeführten Offenen Kanäle und Lokalen Radios. Sie sind grundsätzlich zu unterstützen und vom Einfluss lokaler Pressemedien unabhängig zu halten.

1850

Antirassismus/Flüchtlingspolitik

- 1855 Die europäischen Industrienationen tragen aufgrund ihrer kolonialistischen Vergangenheit und der gegenwärtigen Strukturierung der Weltwirtschaft, der Errichtung der „Festung Europa“ und der Vernachlässigung einer vernünftigen Entwicklungspolitik eine entscheidende Mitverantwortung für Hunger, Bürgerkriege und ökologische Katastrophen in der so genannten Dritten Welt. Auch vor allem vor dem Hintergrund der faschistischen Vergangenheit Deutschlands ist es die Aufgabe der reichen Industrienation, für einen umfassenden, wirkungsvollen Schutz für Verfolgte zu sorgen. Wir verlangen, dass jeder Mensch, der aufgrund seiner nationalen und ethnischen Zugehörigkeit, seiner Religion, Weltanschauung oder sexuellen Orientierung seine Heimat verlassen muss, in einem offenen Niedersachsen Schutz und Aufnahme findet. Der Umgang mit Flüchtlingen ist ein wichtiger Gradmesser für die Verfasstheit einer Gesellschaft. Der Status von Asylsuchenden wird in Deutschland immer weiter nach unten gedrückt. Damit wird ihre Integration gezielt verhindert, Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit werden damit Vorschub geleistet.
- 1860
- 1865 Auch die Kommunen tragen die Verantwortung dafür, wie in ihrem Verantwortungsbereich mit Menschen umgegangen wird. In den Kommunen können und müssen Anstrengungen für eine humane Asylpolitik unternommen werden. Weil nur eine Integration in das gesellschaftliche Leben der Kommune Flüchtlinge vor rechten Übergriffen und Abschiebung schützen kann, unterstützt DIE LINKE die Arbeit von Nachbarschaftsinitiativen und lokalen Asyl-Freundeskreisen. Sie unterstützt Bürgerinitiativen gegen die lokale Abschiebepaxis, Kirchenasyl und lokale Demonstrationen, etwa zum Tag der Menschenrechte. Der geltende Grundsatz in der kommunalen Asylpolitik muss lauten: Integration statt Abschiebung.
- 1870
- 1875 DIE LINKE fordert in den Kommunen:
- Die Ausländerbehörden sollen ihre Entscheidungspraxis dahin ändern, dass langjährig geduldete Menschen ein Bleiberecht erhalten, das ihren Aufenthalt langfristig absichert und Integration ermöglicht. Das schließt das Recht ein, arbeiten zu dürfen. Auch die Familien von Flüchtlingen sind zu schützen und zusammenzuführen.
- 1880
- DIE LINKE kritisiert die Zuwendungskürzungen für Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Wo das Gesetz den Kommunen Spielräume zur Ausgestaltung der Leistungsgewährung lässt, sind diese Spielräume großzügig zugunsten der Schutzsuchenden auszulegen: Geldleistungen statt Sachleistungen oder Gutscheine.
- 1885
- Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften. Für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen. Keine Gettoisierung von Flüchtlingen und ihren Kindern in Lagern.
 - Unentgeltliche Sprachkurse und Unterstützung bei muttersprachlichem Unterricht in Volkshochschulen, Schulen und Kindergärten. Jedes Kind und jeder Jugendliche muss die allgemeinbildenden Schulen und Kindergärten in den Kommunen besuchen können.
- 1890
- Jugendliche Einwanderer müssen ohne Diskriminierung Zugang zu Ausbildungsplätzen erhalten.
 - Unterstützung von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen bei der gleichberechtigten Integration und Teilhabe in allen Feldern des Arbeitslebens. Insbesondere sollen Kommunen und deren Einrichtungen auf allen Ebenen Migrantinnen und Migranten entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung einstellen.
- 1895
- Die nach geltendem Recht bestehenden Verbote für Flüchtlinge, sich außerhalb des zugewiesenen Landkreises aufzuhalten, sind durch Vereinbarungen benachbarter Kommunen zu entschärfen.

- Die Einrichtung eines Referates für interkulturelle Angelegenheiten in jeder größeren Kommune und die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle in jeder Stadt.

1900

Den Neonazis entgegentreten

Rechtsextreme und neofaschistische Organisationen versuchen, flächendeckend in Niedersachsen Fuß zu fassen. Besonders Jugendliche gehören zur erklärten Zielgruppe.

1905

Die NPD und andere neofaschistische Organisationen haben in Niedersachsen ihre Mitgliederzahl erhöht. Bei der letzten Kommunalwahl fielen mehr Mandate als bei der vorletzten Kommunalwahl an die Neofaschisten. Gleichzeitig ist die Zahl der rechtsextremen Straftaten gestiegen, darunter sind nicht wenige Gewalttaten.

1910

NPD, sogenannte Autonome Nationalisten und Freie Kameradschaften versuchen, auf den Straßen den öffentlichen Raum zu erobern. Sie veranstalten Feste und Konzerte, verteilen rassistische und volksverhetzende Musik-CDs in und vor Schulen. Ziele ihres Hasses sind Antifaschistinnen und Antifaschisten, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen, Homosexuelle, überhaupt alle anders lebende und anders aussehende Menschen.

1915

Rechtsextremismus zeigt sich im Denken und Handeln nicht weniger Menschen bis tief hinein in die Mitte der Gesellschaft. Dies belegt die öffentliche Reaktion auf den Rassisten Sarrazin mit seinen antisemitischen und ausländerfeindlichen Thesen.

1920

Dem tritt DIE LINKE entgegen. Wir wollen offene, tolerante, sichere und bunte Städte und Gemeinden. Sogenannten „National befreiten Zonen“ setzen wir ein angstfreies und solidarisches Zusammenleben entgegen. Rassistische und neofaschistische Hetze bekämpft DIE LINKE auf allen Ebenen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, auf Demonstrationen, in Netzwerken gegen Rechts, in Jugend- und Kulturbündnissen.

1925

DIE LINKE setzt sich ein für den Dialog mit Migrantinnen und Migranten, um gegenseitige Ängste und Vorurteile abzubauen und ein solidarisches und friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Auch die kommunale Verwaltung sollte sich an diesen Prinzipien orientieren.

1930

Alte und neue Nazis sind keine Diskussionspartner im demokratischen Diskurs. Wer Ihnen diese Rolle zugesteht, wertet ihre menschenverachtende und rassistische Ansichten auf. Faschistische Positionen bedrohen nicht nur Minderheiten – sie stellen eine konkrete Gefahr für alle dar. Faschismus und Neofaschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen!

1935

DIE LINKE tritt ein für:

- die Unterbindung neofaschistischer Aktivitäten durch Gerichte, Polizei und Verwaltung unter Nutzung aller rechtlichen Mittel;
- das Engagement von Stadträten, Gemeinderäten und Kreistagen für ein Verbot neofaschistischer Organisationen;
- die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur kommunalen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Neofaschismus, besonders an Schulen, in Jugend- und Familieneinrichtungen;
- Ratsbeschlüsse zu kommunalen Aktionsplänen gegen Rechts und rasche Umsetzung durch die Verwaltung;

1940

- 1945
- Förderung von kultureller und jugendpolitischer Arbeit gegen Rechts;
 - die Einrichtung einer Informations-, Beratungs- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus und die Förderung von kommunalen Bündnissen gegen Rechts;
 - die Einrichtung von Schutzräumen und Anlaufstellen für die Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt mit Projekten, wie z. B. „Noteingang“ oder dem „antirassistischen Telefon“;
- 1950
- die Verweigerung von Unterstützung von städtischer Seite für Kulturveranstaltungen, die die Nazizeit verherrlichen oder Geschichte verfälschen;
 - das Schleifen von Kriegerdenkmälern, die Heldentum glorifizieren. Sie sind durch Mahnmale zu ersetzen, die das Leid, den Schrecken und die Gräueltaten beider Weltkriege verdeutlichen;
 - die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die immer noch Namen von Nazigrößen und Eroberungskriegern tragen;
- 1955
- Veranstaltungen und Aktionen zum Gedenken an die Opfer der Nazizeit;
 - Keine kommunale Förderung von Jugendeinrichtungen, in denen „akzeptierende Jugendarbeit“ mit rechtsextremen Jugendlichen praktiziert wird, stattdessen Förderung von Ausstiegsprogrammen.
- 1960